

# Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main im Bereich des kommunalen Klimaschutzes

2006-2019

Stand: 05.06.2020

## **Impressum**

Stadt Frankfurt am Main -Der Magistrat-Energiereferat (79A) Adam-Riese-Straße 25 60327 Frankfurt am Main

Tel.: 069 212-39193 Fax: 069 212-39472

E-Mail: energiereferat@stadt-frankfurt.de www.energiereferat.stadt-frankfurt.de

#### Bearbeiterhistorie:

Lukas Kawa, Stefanie Schütz (2009) Lena Kretzschel (2013) Jannik Nefferdorf, Nathalie Kohlschütter (2015) Lionel Heidenreich, Florian Unger (2020)

#### Hinweis:

Diese Übersicht kann, trotz Vier-Augen-Prinzip, Bearbeitungsfehler enthalten. Über Hinweise auf etwaige Fehler im Dokument sind wir Ihnen, unter energiereferat@stadt-frankfurt.de, dankbar.

## Inhalt

Impre	essum	2
Abkü	ürzungen	4
	eitung	
	eanleitung	
Statis	stische Auswertung der Beschlussentwicklung	7
Kate	gorien	10
1.1.	Gebäude und Bauvorhaben	10
1.2.	Energie- und Klimaschutzkonzepte	27
1.3.	Mobilität	40
1.4.	Solarenergie	49
1.5.	Stromerzeugung und Effizienz	54
1.6.	Kommunikation, Partizipation, Konsum	64

## Abkürzungen

§	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung		
E	Etatantrag		
В	Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung		
M	Vortrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung		
ST	Stellungnahme des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung		
NR	Antrag der Stadtverordnetenversammlung		
Α	Anfrage von Fraktion an den Magistrat		
OA	Anfrage von Ortsbeirat an den Magistrat		
XV.	XV. Wahlperiode		

Alle Links und Querverweise sind in blauer Schrift gekennzeichnet.

#### **Einleitung**

Die Stadt Frankfurt am Main ist eine der Vorreiterinnen im Kommunalen Klimaschutz.

Bereits im Jahre 1990 hat sich die Stadt mit dem Beitritt und der Mitbegründung des Klima-Bündnis frühzeitig zum Kommunalen Klimaschutz bekannt (§ 4094) und das Ziel auferlegt eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung des Ausstoßes alle fünf Jahre um zehn Prozent zu erreichen.

Als weitere Meilensteine in der Entwicklung des Klimaschutzes sind die Verabschiedung des ersten Energie- und Klimaschutzkonzepts im Jahre 2008 (§ 5305) und die Förderung als Masterplan Kommune ab dem Jahre 2013 hervorzuheben.

Mit dem "Masterplan 100% Klimaschutz" (§ 6320) wurde der Weg skizziert, wie in Frankfurt bis zum Jahre 2050 eine regenerative Energieversorgung umgesetzt werden kann. Die mit dem Masterplan verbundenen Ziele sehen vor, den Energieverbrauch in Frankfurt zu halbieren und den verbleibenden Bedarf mit erneuerbaren Energien aus dem Stadtgebiet und der Region zu decken.

Die Aktivitäten im Bereich Klimaschutz haben in den vergangenen Jahren somit immer stärker Eingang in die politische Auseinandersetzung und dem Verwaltungshandeln gefunden. Diese Entwicklung lässt sich am Umfang der Beschlüsse, Anfragen und Berichte nachvollziehen, die in den vergangenen Jahren von der Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebracht wurden.

Damit Sie sich einen besseren Überblick über die Entwicklung der politischen Beschlusslage verschaffen können, stellen wir Ihnen mit dem vorliegenden Dokument eine aktualisierte Übersicht zur städtischen Beschlusslage im Klimaschutzbereich zur Verfügung.

Die Beschlüsse wurden sorgfältig recherchiert und zusammengetragen, jedoch sind die Grenzen fließend, welche Bereiche mit aufgenommen werden und welche nicht. Daher können wir keine Vollständigkeit der Angaben in diesem Dokument garantieren.

Wiebke Fiebig Leiterin Energiereferat

#### Leseanleitung

- Der Tabelle ist in vier Spalten unterteilt (Datum, Beschluss/Bericht, Zusammenfassung, Link).
- Die Beschlüsse sind nach Themenbereichen chronologisch nach dem Datum geordnet.
- Beschlüsse ("§"), Anfragen der Fraktionen ("A") und Ortsbeiräte ("OA") und der Etatanträge ("E") sind grau oder blau hinterlegt.
- Jede grau oder blau hinterlegte Zeile gilt unabhängig zu den vorherigen Beschlüssen/Berichten.
- Zu jedem Beschluss kann es Folgeberichte geben, welche jeweils in weiß hinterlegt sind. Das Datum der Berichte ist chronologisch zu dem dazugehörigen Beschluss aufgeführt.
- Die Spalte "Beschluss/Bericht" gibt an, um welche Form von Dokument es sich handelt. Zur Übersicht dient das Abkürzungsverzeichnis. Die Beschluss- und Berichtsnummer ist angegeben.
- Die Zusammenfassung gibt stark verkürzt den Inhalt des Dokuments wieder. Die Anführungszeichen weisen darauf hin, dass es sich um Zitate aus der Vorlage handelt. Mit den eckigen Klammern wird hingewiesen, dass es sich um einen Textauszug handelt.
- Der Link in der letzten Spalte öffnet das hinterlegte Dokument online im Browser.
- Sind weitere Links, neben dem Originaltext, angegeben, handelt es sich um Dokumente, die zum Verständnis des Beschlusses zusätzlich hinterlegt sind.

#### Statistische Auswertung der Beschlussentwicklung

Die folgenden Darstellungen geben einen Überblick über die Entwicklung der Beschlüsse und Berichte im Zeitraum 2006–2019 in der Summe, als auch in den jeweils erfassten Kategorien wieder.

Auffällig ist, dass im Zeitraum 2008–2010 besonders viele Beschlüsse und Berichte im Themenfeld "Klimaschutz" vorgelegt und durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden.

In den Jahren ab 2011–2014 hat sich diese Entwicklung deutlich reduziert. Für das Jahr 2015 gibt es, vor allem aufgrund der Entwicklungen in der Kategorie "Energie- und Klimaschutzkonzepte" einen Anstieg der Beschlusslage zu verzeichnen.

Diese Entwicklung hat sich in den Folgejahren wieder deutlich reduziert.

Ab 2018 ist wieder ein Anstieg der Beschlusslage festzustellen, der vor allem auf die Zunahme in der Kategorie "Energie- und Klimaschutzkonzepte" zurückgeführt werden kann.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingeweisen, dass die Beschlüsse sorgfältig recherchiert und zusammengetragen wurden, die Abgrenzungsgrenzen jedoch fließend sind, welche Bereiche in diese Auswertung mit aufgenommen werden und welche nicht. Daher kann für die Auswertung keine Garantie auf Vollständigkeit der Angaben in diesem Dokument gegeben werden.

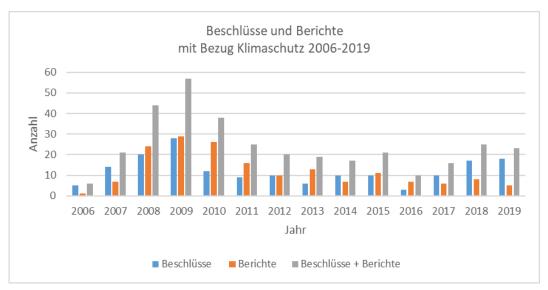


Abb. 1: Beschlüsse / Berichte mit Bezug Klimaschutz

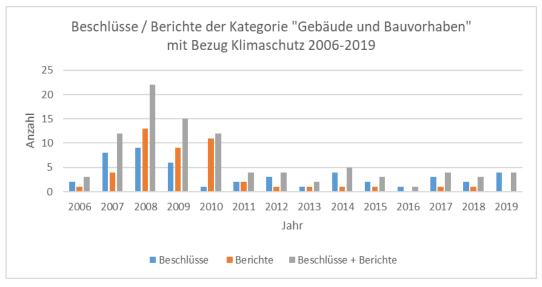


Abb. 2: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Gebäude und Bauvorhaben" mit Bezug Klimaschutz

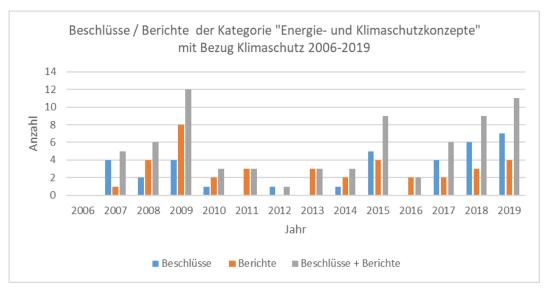


Abb. 3: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Energie- und Klimaschutzkonzepte" mit Bezug Klimaschutz

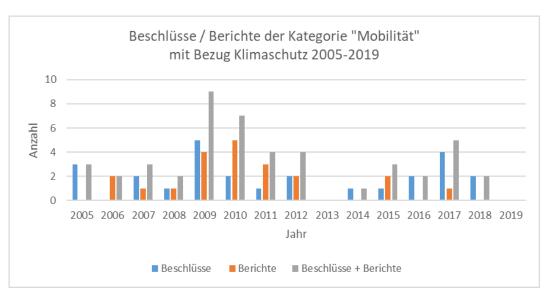


Abb. 4: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Mobilität" mit Bezug Klimaschutz

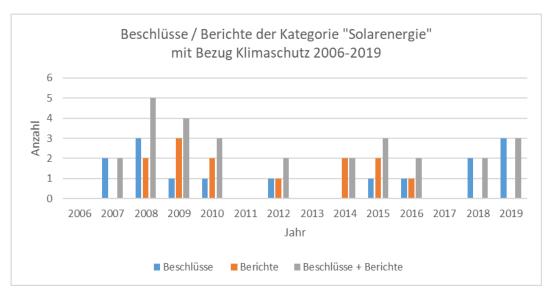


Abb. 5: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Solarenergie" mit Bezug Klimaschutz

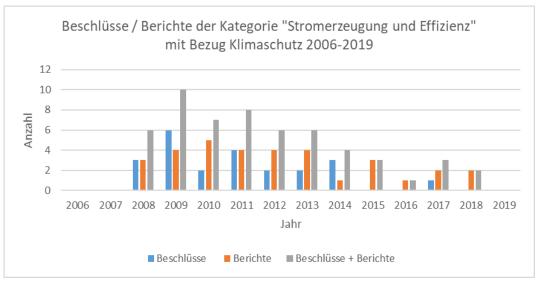


Abb. 6: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Stromerzeugung und Effizienz" mit Bezug Klimaschutz

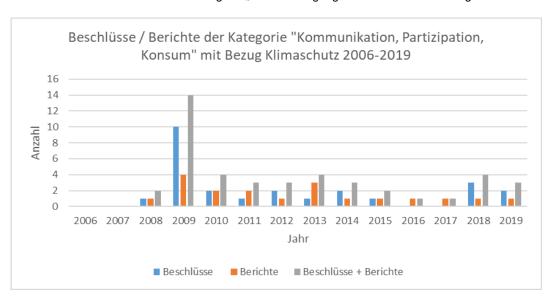


Abb. 7: Beschlüsse / Berichte der Kategorie "Kommunikation, Partizipation, Konsum" mit Bezug Klimaschutz

## Kategorien

## 1.1. Gebäude und Bauvorhaben

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
26.01.2006	§ 10653 beruht auf: NR 2142	Wohnungsneubau in Passivhausbauweise  Antrag der GRÜNEN vom 01.12.2005, NR 2142  Der Magistrat soll dafür sorgen, dass die Stadt Frankfurt alle Wohnungsbaugesellschaften, an denen sie beteiligt ist, dazu auffordert, Wohnungsneubauten und Grundsanierungen im Regelfall in Passivhausbauweise zu erstellen. Wenn dies im Einzelfall nicht möglich ist, wird die Stadtverordnetenversammlung benachrichtigt.	Beschluss: § 10653 Antrag: NR 2142
28.08.2006	B 332	(Beschluss § 974 vom 16.11.2006)  Große Erfolge erzielt die ABG Frankfurt Holding mit der Methode, bei städtischen Neubauten und Sanierungen die Passivbauweise umzusetzen.	Bericht: B 332
16.11.2006	§ 974 beruht auf: NR 207	Wohnungsneubau in Passivhausbauweise Antrag der GRÜNEN vom 15.11.2006, NR 207 Bei der Veräußerung städtischer Grundstücke sollen Neubauten nur noch in Passivhausbauweise gebaut werden. <sup>1</sup>	Beschluss: § 974 Antrag: NR 207
20.08.2007	B 574	(Beschluss § 2640 vom 04.10.2007)  Die Passivbauweise (bzw. EnEV-30) ist als Bedingung bei Verhandlungen über Veräußerungen städtischer Gebäude festgelegt worden. Deshalb gibt es keine Berichtspflicht. Zu B 322: Alle Neubaumaßnahmen der ABG Frankfurt Holding ab Januar 2006 sind in Passivhausbauweise errichtet worden. Die Nassauische Heimstätte betreibt [2007] zwei Passivhausprojekte. Sie erfüllt bei Neubauten oder Modernisierungen die Vorgaben der EnEV und geht teilweise auch darüber hinaus. Die Umsetzung des Passivhausstandards ist aber ein Zukunftsthema.	Bericht: B 574
18.08.2008	B 511	(Beschluss § 4733 vom 06.11.2028) "Die ABG Frankfurt Holding hat sämtliche Wohnungsneubauten in Passivhausbauweise errichtet. Sie ist hierbei bundesweit führend. Im Bereich von Sanierungen sind in der Tevesstraße Passivhauswohnungen im Bestand entstanden. Darüber hinaus befindet sich gerade eine Sanierungsmaßnahme in der Rotlintstraße in der Realisierung. Die Nassauische Heimstätte errichtet im Rahmen ihres aktuellen Programms Wohnungsbauprojekte in Passivhausbauweise."	Bericht: B 511

\_

Sollte aus zwingenden Gründen Passivhaus-Standards nicht erreicht werden können, kann es unter bestimmten Bedingungen ausreichen, die EnEV um 30 % zu unterschreiten. Genaueres, ist dem Originaltext zu entnehmen. Verwenden Sie hierfür den Link neben der jeweiligen Zusammenfassung.

beruht auf: M 200    M 200   Im Rahmen der Wohnungsbauförderung sollen die Bauträger verpflichtet werden, im Regelfall die Passivhausbauweise umzusetzen.    M 200   Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.   Bericht:   B 392   B 84   Wie im Zwischenbericht B 392 angekündigt, entwickelt der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []*    M 200   B 84   Wie im Zwischenbericht B 392 angekündigt, entwickelt der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []*    M 200   Bericht:   B 392   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 85   B 86   B 86   Bericht:   B 86   B 86   B 87   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 84   Bericht:   B 85   B 86   B 86   Bericht:   B 86   B 86   B 86   Bericht:   B 87   B 86   B				
### Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) errichtet grundsätz- lich ihre Neubaumaßnahmen, auch Sozialwohnungen in Passivhausbauweise. Auch Grundsanierungen finden in Passivhausbauweise statt. []"  ### O1.03.2007 Spania Wohnungsbaubauweise Statt. []"  ### O1.03.2007 Wohnungsneubau in Passivhausbauweise Vortrag des Magistrats vom 06.10.2006, M 200 Im Rahmen der Wohnungsbauförderung sollen die Bauträger verpflichtet werden, im Regelfall die Passivhausbauweise umzusetzen.  ### O1.06.2007 Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.  ### Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.  ### Der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []"  ### 13.06.2008 B 378 (Beschluss § 4504 vom 25.09.2008)  ### II] Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungshau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmen Mietpreisen versorgen können. [] Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch eine Zusatzförderung reduziert."  ### PFÖrderprogramm Innenstadt Höchst  ### Antrag der SPD vom 14.03.2007, NR 379  ### Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässigen.  ### 23.05.2007 M 287 (Beschluss § 3555 vom 28.02.2008)  ### Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einssatz erneuten unter anderem für Sanierungen und den Einssatz erneuten unter anderem für Sanierungen und den Einssatz erneuten handen für Sa	21.05.2010	B 345	Neubaumaßnahmen der AGB FRANKFURT HOLDING	
beruht auf: M 200    M 200   Im Rahmen der Wohnungsbauförderung sollen die Bauträger verpflichtet werden, im Regelfall die Passivhausbauweise umzusetzen.   O1.06.2007   B 392   (Beschluss § 2087 vom 05.07.2007)   Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.   O1.02.2008   B 84   "Wie im Zwischenbericht B 392 angekündigt, entwickelt der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []"   O1.06.2008   B 378   (Beschluss § 4504 vom 25.09.2008)   "[] Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmarkt nicht ausreichend mit Wohnraum zu tragbaren Mietpreisen versorgen können, [] Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch eine Zusatzförderung reduziert."    23.05.2007   § 1801   Förderprogramm Innenstadt Höchst   Antrag der SPD vom 14.03.2007, NR 379   Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässigen.    21.12.2007   M 287   (Beschluss § 3555 vom 28.02.2008)   Vortrag: M 287   Förderrichtlinien und den Einsatz erneutier anderem für Sanierungen und den Einsatz erneutier richtlinien.	04.10.2011	B 412	"Die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) errichtet grundsätz- lich ihre Neubaumaßnahmen, auch Sozialwohnungen in Passivhausbauweise. Auch Grundsanierungen finden in	
Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein und prüft die Umsetzung.  11.02.2008  B 84  "Wie im Zwischenbericht B 392 angekündigt, entwickelt der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []"  13.06.2008  B 378  (Beschluss § 4504 vom 25.09.2008) "[] Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmarkt nicht ausreichend mit Wohnraum zu tragbaren Mietpreisen versorgen können. [] Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch eine Zusatzförderung reduziert."  23.05.2007  § 1801  Förderprogramm Innenstadt Höchst  Antrag der SPD vom 14.03.2007, NR 379  Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss § 1801  Antrag: NR 379  CBeschluss § 3555 vom 28.02.2008)  Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneu-	01.03.2007	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 06.10.2006, M 200 Im Rahmen der Wohnungsbauförderung sollen die Bauträger verpflichtet werden, im Regelfall die Passivhaus-	Vortrag:
der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passivbauweise. []  13.06.2008  B 378  (Beschluss § 4504 vom 25.09.2008)  "[] Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmarkt nicht ausreichend mit Wohnraum zu tragbaren Mietpreisen versorgen können. [] Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch eine Zusatzförderung reduziert."  Pörderprogramm Innenstadt Höchst  Antrag der SPD vom 14.03.2007, NR 379  Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässigen.  M 287  (Beschluss § 3555 vom 28.02.2008)  Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneurichtlinien:	01.06.2007	B 392	Der Magistrat setzt sich für die Passivhausbauweise ein	
### ### ##############################	11.02.2008	B 84	der Magistrat derzeit ein Angebot zur Förderung von familien- und seniorengerechten Wohnungen in Passiv-	
beruht auf: NR 379  Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässigen.  M 287  (Beschluss § 3555 vom 28.02.2008)  Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneurichtlinien:	13.06.2008	B 378	"[] Mit dem Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau erfolgt die Förderung von Wohnungsneubau für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Voraussetzungen zum Bezug einer Sozialwohnung nicht erfüllen, sich aber auf dem freien Frankfurter Mietwohnungsmarkt nicht ausreichend mit Wohnraum zu tragbaren Mietpreisen versorgen können. [] Die Mehrkosten für die Errichtung der Gebäude in Passivhausbauweise werden durch	
Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneurichtlinien:	23.05.2007	beruht auf:	Antrag der SPD vom 14.03.2007, NR 379  Der Magistrat wird aufgefordert, den gültigen Beschluss zur Erstellung einer Förderrichtlinie umzusetzen und dabei auch den Denkmalschutz nicht zu vernachlässi-	Antrag:
gezahlt werden.	21.12.2007	M 287	Förderrichtlinienprogramm für die Höchster Innenstadt, das vom Magistrat vorgelegt wird. Zuschüsse sollen unter anderem für Sanierungen und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie effizienter Gebäudetechniken	M 287 Förder- richtlinien:
28.02.2008 § 3555 Anpassung der Vorlage M 287 in mehreren Punkten. Beschluss § 3555	28.02.2008	§ 3555	Anpassung der Vorlage M 287 in mehreren Punkten.	Beschluss: § 3555

06.09.2007	§ 2443 beruht auf:	Passivhausstandard für stadteigene und städtisch genutzte Gebäude	Beschluss: § 2443
	NR 522, 523 u. 587	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 29.06.2007, NR 522	Antrag: NR 522
		Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt Frankfurt, die Grundstücksgeschäfte tätigen oder eigene Bauvorhaben umsetzen, sollen bei einer Veräußerung der Grundstücke erreichen, dass	Antrag: NR 523 Antrag: NR 587
		<ul> <li>Neubauten nur in Passivhausstandard errichtet wer- den.<sup>1</sup> Bei neu zu errichtenden Nichtwohngebäuden die Nutzung erneuerbarer Energien eingeplant wird.</li> </ul>	141007
		Die o.g. städtischen Gesellschaften sollen bei eigenen Bauvorhaben:	
		nach Passivhausstandard bauen.  1	
		bei neu zu errichtenden Nichtwohngebäuden erneu- erbare Energien zur ggf. notwendigen Kühlung ein- planen	
		Alle neuen städtischen Gebäude sollen in Passivhausbauweise errichtet werden.1	
		Bei den künftigen Sanierungen von städtischen Gebäuden soll der Passivhaus-Standard angestrebt werden.	
		Der Magistrat soll berichten, ob die Fraport AG die in vorherigen Anträgen aufgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzt.	
		Der Magistrat soll berichten, ob die EZB beim geplanten Neubau die in vorherigen Anträgen aufgeführten Maß- nahmen zum Klimaschutz umsetzt.	
05.12.2007	B 901	(Beschluss § 3598 vom 18.03.2008)	Bericht:
		Maßnahmen zum Klimaschutz der Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main.	B 901
13.06.2008	B 357	(Beschluss § 4497 vom 25.09.2008)	Bericht:
		EZB hat zugesagt, "die energetischen Anforderungen an die Zielwerte der Energieeinsparverordnung 2007 zu übertreffen. []"	B 357
19.12.2008	B 861	(Beschluss § 5461 vom 26.02.2009)	Bericht:
		Zu den Vertragsbedingungen für Investoren und Interessenten beim Verkauf von Grundstücken gehört, dass	B 861
		<ul> <li>bei einer Neubebauung das Gebäude in Passivhaus- standard errichtet wird <sup>1</sup></li> </ul>	
		bei Nichtwohngebäuden die Nutzung erneuerbarer Energien eingeplant wird.	

\_

Sollte aus zwingenden Gründen Passivhaus-Standards nicht erreicht werden können, kann es unter bestimmten Bedingungen ausreichen, die EnEV um 30 % zu unterschreiten. Genaueres, ist dem Originaltext zu entnehmen. Verwenden Sie hierfür den Link neben der jeweiligen Zusammenfassung.

29.05.2009	B 435	(Beschluss § 6194 vom 09.07.2009)  Frankfurt am Main kann sich aufgrund der hohen Anzahl an Passivhauswohnungen und -projekten als "Passivhaushauptstadt" bezeichnen. Es ist beabsichtigt, mit Gesellschaften mit Beteiligung der Stadt Frankfurt Klimaschutzpläne- und Vereinbarungen zu schließen, damit diese die Ziele der EU-Kommission mittragen.	Bericht: B 435
03.05.2010	B 273	(Beschluss § 8271 vom 17.06.2010) "Der Magistrat hat mehrere große Betriebe in Frankfurt, darunter auch städtische Betriebe, angefragt, ob diese bereit sind, sich an einem vom Bundesumweltministerium bundesweit unterstützten Projekt "30 Lokale Energieeffizienz-Netzwerke (LEEN)" zu beteiligen. []"	Bericht: B 273
20.09.2010	B 609	(Beschluss § 9220 vom 02.12.2010) "Der Magistrat hat mehrfach berichtet, welche besonderen Aktivitäten für den Klimaschutz durch Gesellschaften mit städtischer Beteiligung durchgeführt wurden bzw. weiterhin durchgeführt werden. []"	Bericht: B 609
18.07.2014	B 290	(Beschluss § 5211 vom 20.11.2014)  Auswertung der bisherigen Erfahrungen: Wenn die angestrebten Klimaschutzziele erreicht werden sollen, sollte man nicht mehr hinter den Passivhausstandard zurückfallen.	Bericht: B 290
06.09.2007	§ 2458 beruht auf: NR 470	Energieeffizienz im Mietspiegel  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 24.05.2007, NR 470  "Der Magistrat soll bei der Erstellung des Mietspiegels die Erhebung und Auswertung der Energiekosten in den Auftrag aufnehmen."	Beschluss: § 2458 Antrag: NR 470
06.09.2007	beruht auf:	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 24.05.2007, NR 470 "Der Magistrat soll bei der Erstellung des Mietspiegels die Erhebung und Auswertung der Energiekosten in den	§ 2458 Antrag:
	beruht auf: NR 470 § 2483 beruht auf:	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 24.05.2007, NR 470 "Der Magistrat soll bei der Erstellung des Mietspiegels die Erhebung und Auswertung der Energiekosten in den Auftrag aufnehmen."  Bebauung "Westlich im Fuchsloch"  Vortrag des Magistrats vom 02.04.2007, M 61  Der Magistrat soll vertraglich sicher stellen, dass Neubauten im Plangebiet (Westlich im Fuchsloch) nur noch	§ 2458 Antrag: NR 470  Beschluss: § 2483 Vortrag:

17.08.2009	B 682	(Beschluss § 7171 vom 30.11.2009)  Konsequenzen aus dem Klimaschutzgutachten zur "Energieeffizienz und Solarenergienutzung in der Bauleitplanung" ziehen.	Bericht: B 682
15.11.2007	§ 3024 beruht auf: OA 499	Neubauten im Baugebiet "Am Riedberg" nur in Passivbauweise  Anregung des OBR 12 vom 21.09.2007, OA 499 "Der Magistrat soll über den Entwicklungsträger Hessen Agentur beim Abschluss der städtebaulichen Verträge darauf hinwirken, dass alle weiteren Neubauten in der Entwicklungsmaßnahme Am Riedberg zukünftig nach Passivhaus-Standard errichtet werden."1	Beschluss: § 3024 Anfrage: OA 499
13.12.2007	<b>§ 3190</b> beruht auf: B 608	Wärmedämmung im Mietwohnungsbestand Bericht des Magistrats vom 24.08.2007, B 608 Der Magistrat soll als Anteilseigner Einfluss auf die Wohnungsbaugesellschaften ausüben, damit die im Bericht angesprochenen Daten vervollständigt und vereinheitlicht werden.	Beschluss: § 3190 Bericht: B 608
07.03.2008	B 124	(Beschluss § 4147 vom 19.06.2008)  Fragen aus A 221 können momentan nicht ausführlicher als in B608 beantwortet werden. Bei der Erstellung der Energieausweise werden weitere Daten von der ABG Frankfurt Holding GmbH und der Nassauischen Heimstätte erfasst.	Bericht: B 124
01.09.2008	B 556	(Beschluss § 4754 vom 06.11.2008) "Die Nassauische Heimstätte hat zu den aufgeworfenen Fragen zum durchschnittlichen witterungsbereinigten Heizungsbedarf ihres Wohnungsbestandes erneut Stellung genommen. [] Sobald die ABG Frankfurt Holding GmbH die erforderliche Datenlage – wie angekündigt – geschaffen hat, wird der Magistrat hierüber unaufgefordert berichten."	Bericht: B 556
24.01.2008	§ 3526 beruht auf: E 5	Bausteine für den Klimaschutz hier: Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenver- sammlung vom 28.02.2008, § 3526, dokumentiert. "Der Magistrat wird beauftragt,  (1) einen Aktionsplan zu erarbeiten, der zum Ziel hat, dass innerhalb von fünfzehn Jahren alle Wohngebäude in Frankfurt – durch eine entsprechende Wärmedämmung, die Modernisierung von Heizungsanlagen und/oder die Nutzung regenerativer Energien – so ausgestattet sind, dass sie einen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz	Beschluss: § 3526 Etatantrag: E 5

Sollte aus zwingenden Gründen Passivhaus-Standards nicht erreicht werden können, kann es unter bestimmten Bedingungen ausreichen, die EnEV um 30 % zu unterschreiten. Genaueres, ist dem Originaltext zu entnehmen. Verwenden Sie hierfür den Link neben der jeweiligen Zusammenfassung.

		leisten und für die notwendige Untersuchung 50.000 € bereit zu stellen. Die Finanzierung erfolgt jeweils zur Hälfte aus den Produktgruppen 13.01. Stadtplanung und 22.04 Energie und Klimaschutz;	
		(2) dabei insbesondere den niedrigpreisigen und geförderten Wohnungsbestand in den Blick zu nehmen und für diesen ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung zu entwickeln, wobei zu den förderfähigen Komponenten neben Kraft-Wärme-Koppelung, Solarenergie und herkömmlicher Außendämmung auch neuere Verfahren der Vakuumdämmung und der substanzschonenden Innendämmung sowie die Nutzung von Geothermie zu zählen sind,	
		(3) diesen Aktionsplan so zu gestalten, dass neben den Wohnungsbaugesellschaften auch Fachinstitute, private Hauseigentümer, Mietervereinigungen und das örtliche Handwerk einbezogen sind;	
		(4) zu ermitteln, welche inhaltlichen und finanziellen Lücken zu bestehenden Förderprogrammen die Stadt Frankfurt schließen muss, um das unter (1) genannte Ziel zu erreichen.	
		Dieser Aktionsplan inklusive der unter (4) genannten Angaben ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens zu den Beratungen für den Haushalt 2009 vorzulegen, damit dann über die Ausgestaltung und finanzielle Ausstattung entsprechender Förderprogramme auf einer soli-	
		den Datengrundlage entschieden werden kann.	
28.02.2008	§ 3526		Beschluss:
28.02.2008	beruht auf:	den Datengrundlage entschieden werden kann."	§ 3526
28.02.2008		den Datengrundlage entschieden werden kann.,  Energetische Sanierung	
<b>28.02.2008</b> 05.09.2008	beruht auf:	den Datengrundlage entschieden werden kann.,  Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf	§ 3526 Vortrag: M 244 Bericht:
	beruht auf: M 244	den Datengrundlage entschieden werden kann.,  Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.	§ 3526 Vortrag: M 244
	beruht auf: M 244	den Datengrundlage entschieden werden kann.,  Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die	§ 3526 Vortrag: M 244 Bericht:
	beruht auf: M 244	Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand	§ 3526 Vortrag: M 244  Bericht: B 568
05.09.2008	beruht auf: M 244 B 568	Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand  b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend	§ 3526 Vortrag: M 244 Bericht: B 568
05.09.2008	beruht auf: M 244 B 568	Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand  b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend  (Beschluss § 6149 vom 19.05.2009)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die	§ 3526 Vortrag: M 244  Bericht: B 568
05.09.2008	beruht auf: M 244 B 568	Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung von Gebäuden im Nordend  (Beschluss § 6149 vom 19.05.2009)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand	§ 3526 Vortrag: M 244  Bericht: B 568  Bericht: B 140  Bericht:
05.09.2008	beruht auf: M 244 B 568	Energetische Sanierung  Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244  Der Magistrat soll eine Projektgruppe ins Leben rufen, die in Kooperation mit dem Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt sowie anderen Ansprechpartnern nach Lösungen für die fassadenerhaltende energetische Sanierung denkmalgeschützter und anderer - mit Blick auf das Stadtbild schützenswerter - Gebäude sucht.  (Beschluss § 4927 vom 27.11.2008)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand  b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend  (Beschluss § 6149 vom 19.05.2009)  a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand  b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend	§ 3526 Vortrag: M 244  Bericht: B 568  Bericht: B 140

	1		I
23.04.2010	B 256	(Beschluss § 8269 vom 17.06.2010)	Bericht: B 256
		a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand	В 230
		b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend	
24.09.2010	B 611	(Beschluss § 9353 vom 27.01.2011)	Bericht:
		a) Bausteine für den Klimaschutz-Aktionsplan für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand	B 611
		b) Thermische Sanierung von Gebäuden im Nordend	
28.02.2008	§ 3543	Richtlinien zur Wohnungsbauförderung	Beschluss:
	beruht auf	Antrag der GRÜNEN vom 24.01.2008, NR 742	§ 3543
	NR 742	Alle Richtlinien zur Wohnungsbauförderung sollen so überarbeitet werden, dass nur noch Neubauprojekte für Häuser, die im Passivhausstandard errichtet werden, als förderfähig gelten.1	Antrag: NR 742
		Bei allen Richtlinien zur Sanierung soll der Passivhausstandard besonders gefördert werden. Investoren, die solche Maßnahmen durchführen, sollen eine erhöhte Miete verlangen und sie an die Stadt Frankfurt weitergeben, die diese zur Förderung energetischer Maßnahmen einsetzt.	
24.10.2008	B 662	(Beschluss § 5100 vom 11.12.2008)	Bericht:
		In zwei neuen Programmen zur Wohnungsbauförderung ist verankert, dass	B 662
		die Förderung nur gewährt wird, wenn der Neubau die EnEV um 30 % unterschreitet.	
		durch eine zusätzliche Bonusförderung Investitionen in den Passivhausstandard angeregt werden.	
		Alle bestehenden Förderrichtlinien werden entsprechend überarbeitet. Dabei werden die Ergebnisse der Projektgruppe (§ 3526) und des Aktionsplans für die energetische Sanierung im Wohnungsbestand (§ 3526) berücksichtigt.	
02.03.2009	B 138	(Beschluss § 5944 vom 04.06.2009)	Bericht:
		"Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat die Bestimmungen zur sozialen Wohnraumförderung geändert, sodass sie eine neue Regelung zur Förderung des Passivhausstandards enthält. Der Magistrat prüft, ob dies auf die zu überarbeitenden städtischen Förderrichtlinien zum sozialen Mietwohnungsbau angewendet werden kann."	B 138

\_

Sollte aus zwingenden Gründen Passivhaus-Standards nicht erreicht werden können, kann es unter bestimmten Bedingungen ausreichen, die EnEV um 30 % zu unterschreiten. Genaueres, ist dem Originaltext zu entnehmen. Verwenden Sie hierfür den Link neben der jeweiligen Zusammenfassung.

Т	1		
24.08.2009	B 694	(Beschluss § 7172 vom 30.11.2009)	Bericht: B 694
		"Wie in B 662 v. 24.10.2008 und B 138 v. 2.3.2009 dargestellt, bereitet der Magistrat eine Überarbeitung der bestehenden Richtlinien hinsichtlich der Klimaschutz-Zielsetzungen der NR 742 vor. Bereits in den neuen Frankfurter Programmen für "Familien- und Seniorengerechten Mietwohnungsbau" und zur "Förderung von selbstgenutzten Wohneigentum" wurde ein hoher energetischer Standard zur Förderungsvoraussetzung gemacht. []"	D 094
05.03.2010	B 171	(Beschluss § 7947 / § 8545 vom 19.04.2010 / 28.08.2010)	Bericht: B 171
		"Die Anpassung des "Frankfurter Programms zur sozialen Mietwohnungsbauförderung" und Abstimmung auf die Klimaschutzziele der Stadt ist in Bearbeitung und wird in Kürze abgeschlossen. Indessen berät der Magistrat bereits im Hinblick auf den höheren energetischen Standard, so dass der überwiegende Teil der Fördervorhaben aus den Programmjahren 2009 und 2010 mit diesem Standard geplant wird. […]"	
06.09.2010	B 589	(Beschluss § 8914 vom 01.11.2010)	Bericht:
		Bausteine für den Klimaschutz hier: Richtlinien zur Wohnungsbauförderung überarbei- ten	B 589
		"Die Vorlagen zu den überarbeiteten Richtlinien befinden sich im Geschäftsgang."	
08.10.2010	M 202;	(Beschlüsse: § 8962 / § 9041 vom 11.11.2010)	Vortrag:
	M 204	Förderprogramme	M 202
	ı	Frankfurter Programm zur sozialen Mietwohnungs- bauförderung, Richtlinien zur Vergabe von Wohnungs- baudarlehen	Vortrag: M 204
		(Neufassung)	
		Siehe § 8962 vom 11.11.2010 & § 9041 vom 11.11.2010	
18.03.2008	§ 3653 beruht auf:	Bebauungsplan Nr. 847 - Rund um den Henninger Turm	Beschluss: § 3653
	M 4	Vortrag des Magistrats vom 14.01.2008, M 4	Vortrag:
		Im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Rund um den Henninger Turm"	M 4
		<ul> <li>sollen die Gebäude in Passivhausbauweise gebaut werden. *</li> </ul>	
		<ul> <li>soll die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt werden.</li> </ul>	
		soll ein Energiekonzept erstellt werden.	

26.10.2009	M 211	(Beschlüsse: § 7322 / § 7708 / § 9304 vom 10.12.2009 / 25.02.2010 / 27.01.2011)	Vortrag: M 211
		Bebauungsplan für das Areal am Henninger Turm wurde vom Magistrat vorgelegt (siehe Anhänge). Fassaden- und Dachbegrünungen sowie Grünflächen sind vorgesehen.	
24.04.2008	§ 3845 beruht auf: NR 796	Mehr Energieeffizienz für von der Stadt angemietete Gebäude  Antrag der GRÜNEN vom 03.03.2008, NR 796  Gebäude sollen für die Stadt nur neu angemietet werden, wenn sie dem Passivhaus-Standard entsprechen* oder mit dem Vermieter eine solche energetische Sanierung vertraglich vereinbart wird.  Bereits für die Stadt Frankfurt angemietete Gebäude mit schlechter Energieeffizienz sollen zeitnah so saniert werden, dass sie dem Passivhaus-Standard genügen.*	Beschluss: § 3845 Antrag: NR 796
07.07.2008	B 426	(Beschluss § 4296 vom 28.08.2008)  Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung: Bei Neuanmietungen für die Stadtverwaltung achtet der Magistrat darauf, dass die Vorgaben des Beschlusses § 3845 erfüllt werden. Die Eigenbetriebe werden über den Inhalt von § 3845 informiert. Bei bestehenden Verträgen kann nur auf eine energetische Sanierung hingewirkt werden.	Bericht: B 426
19.06.2008	C 44 40	New Landau Company 11 ( A B) II " " 1 B	
	§ 4142 beruht auf: M 89	Neubauten im Baugebiet "Am Riedberg" nur in Passivbauweise  Vortrag des Magistrats vom 09.05.2008, M 89  Der Magistrat soll beim Treuhänder der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Am Riedberg" darauf hinwirken, dass beim Abschluss künftiger Verträge der Energieverbrauch der Gebäude die EnEV um 30 % unterschreitet. Des Weiteren soll der Magistrat die Entwicklungsträger dazu veranlassen, Bauherren und Bauträger auf die Passivhaus-Bauweise, die KfW-Förderprogramme und das Beratungsangebot des Energiereferats hinzuweisen.	Beschluss: § 4142 Vortrag: M 89

	1		
01.09.2008	B 556	(Beschlüsse: § 4754 vom 06.11.2008; § 5545 vom 26.02.2009) "[] Die Datenerfassung der Nassauischen Heimstädte hat gerade begonnen und kann voraussichtlich erst En- de des Jahres 2009 abgeschlossen werden. []"	Bericht: B 556
28.09.2009	B 836	(Beschluss § 7209 vom 10.12.2009) "Die Nassauische Heimstätte hat ergänzend zu ihrer ausführlichen Stellungnahme (siehe B 556 vom 01.09.2008) darauf hingewiesen, dass erst Ende 2008 mit der Datenerfassung in den Geschäftsstellen begonnen wurde. Sie geht davon aus, dass die vollständigen Daten bis zum Ende des Jahres 2009 entsprechend zusammengestellt sind. []"	Bericht: B 836
01.03.2010	B 136	(Beschlüsse: § 7943 vom 29.04.2010; § 8543 vom 02.09.2010)  Die Daten der Nassauischen Heimstätte liegen noch nicht vor. Sie werden voraussichtlich im 2. Quartal 2010 vorliegen. Die ABG hat ihre Datenerhebung abgeschlos- sen (siehe Anlage)	Bericht: B 136 Anlage
27.08.2010	B 563	(Beschluss § 8899 vom 11.11.2010)  Die Daten der Nassauischen Heimstätte liegen nun auch vor (siehe Bericht B 563).	Bericht: B 563
28.08.2008	§ 4412 beruht auf: NR 925	Bebauungskonzept Feuerbachstraße / Barckhausstraße  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 27.05.2008, NR 925  Der Magistrat soll mittels städtebaulicher Verträge sicherstellen, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 842 (Feuerbachstraße / Barckhausstraße)  • die Wohnhäuser in Passivbauweise gebaut werden*  • oder die Gebäude über Geothermie geheizt werden.	Beschluss: § 4412 Antrag: NR 925
06.11.2008	§ 4819 beruht auf: M 106	Hochhausentwicklungsplan  Vortrag des Magistrats vom 06.06.2008, M 106  Der Magistrat soll für das Grundstück Mainzer Landstraße 36 einen Bebauungsplan aufstellen (Grundlage ist der neue Hochhausentwicklungsplan) und mit den Eigentümern einen städtebaulichen Vertrag abschließen.  Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gebäude in Pas-	Beschluss: § 4819 Vortrag: M 106

21.01.2009	§ 5502 beruht auf:	Expertenbegleitung von Bauten in Passivhausbauweise	Beschluss: § 5502
	E 15	Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2009, § 5502, dokumentiert.	Etatantrag: E 15
		"Private Bauherren sind über die Fördermöglichkeiten der Qualitätssicherung, die Mainova im Rahmen des Klimapartnerprogrammes anbietet, zu informieren. Zusätzlich sollen einzelne Bauvorhaben, die im Passivhausstandard errichtet werden, durch das Energiereferat bzw. durch externe Spezialisten baubegleitend beraten werden.	
		Hierfür sind aus dem Etat des Energiereferates 25.000,- Euro bereitzustellen"	
26.02.2009	§ 5502	Haushaltsplan 2009	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 24.10.2008, M 193	§ 5502
	M 193	Annahme E 15-2009 im Rahmen des Haushaltsplans 2009: Der Magistrat soll private Bauherren über die Fördermöglichkeiten der Qualitätssicherung, welche die Mainova im Rahmen des Klimapartnerprogramms anbietet, informieren. Zusätzlich sollen einzelne Bauvorhaben im Passivhausstandard durch das Energiereferat bzw. durch externe Spezialisten baubegleitend betreut werden.	Vortrag: M 193
26.03.2009	§ 5679	Dezentrale Energie- und Wärmeversorgung für die Altstadt	Beschluss: § 5679
	beruht auf: NR 1257	Antrag der LINKE vom 28.01.2009, NR 1257	Antrag:
		Der Magistrat soll überprüfen, ob es Straßenzüge mit Gründerzeitgebäuden bzw. denkmalgeschützten Ge- bäuden gibt, die dafür geeignet sind, an ein dezentrales Nahwärmenetz angeschlossen zu werden.	NR 1257
19.06.2009	B 521	(Beschlüsse § 6549 vom 10.09.2009)	Bericht:
		Der Magistrat berichtet über die Vorteile von Nahwär- menetzen, gibt jedoch auch die Schwierigkeiten zu be- denken, die insbesondere bei der Realisierung von Wärmenetzen im Gebäudebestand zu beachten sind.	B 521
08.10.2009	§ 6894	Teilnahme am Modellvorhaben "Bebauungsgebiet als Passivhaussiedlung"	Beschluss: § 6894
	beruht auf: NR 1533	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 03.09.2009, NR 1533	Antrag: NR 1533
		Der Magistrat wird beauftragt, sich am hessischen Modellvorhaben "Bebauungsgebiet als Passivhaussiedlung" zu beteiligen und geeignete Neubaugebiete dafür auszuweisen.	

15.01.2010	B 42	(Beschluss § 7772 vom 15.03.2010)  Der Magistrat wird sich bemühen, im Rahmen der Errichtung einer Passivhaussiedlung am Riedberg auch die Ziele, die sich aus dem Klimaschutzgutachten "Energieeffizienz und Solarenergienutzung in der Bauleitplanung ergeben, zu erreichen.	Bericht: B 42
28.01.2010	§ 7502 beruht auf: NR 1681	Aktualisierung der Klimaschutz- und Passivhausbeschlüsse (nur formale, keine inhaltlichen Änderungen). Antrag der GRÜNEN vom 10.12.2009, NR 1681	Beschluss: § 7502 Antrag: NR 1681
27.01.2011	§ 9353 beruht auf: OA 1239	Ja zum Klimaschutz, aber Erhalt der Gründerzeitfassaden OA 1239 (02.12.2010) wird dem Magistrat überwiesen.	Beschluss: § 9353 Anfrage: OA 1239
26.04.2011	B 203	(Beschluss § 399 vom 11.08.2011) "[] Im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung sind parallel zu den technischen Aspekten der energetischen Verbesserung auch architektonische und baukulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Ziel ist eine ganzheitliche Betrachtung der Sanierungsmaßnahme, die auch die städtebauliche Einbindung und das architektonische Erscheinungsbild einbezieht. []"	Bericht: B 203
25.08.2011	§ 517 beruht auf: M 106	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 27.05.2011, M 106  Den vorgelegten Förderungen 2011 wird zugestimmt.	Beschluss: § 517 Vortrag: M 106
29.03.2012	§ 1439 beruht auf: NR 248	Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebiets  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 23.02.2012, NR 248  Der Magistrat wird aufgefordert, ein Gewerbegebiet zu entwickeln, das nachhaltigen Kriterien genügt.	Beschluss: § 1439 Antrag: NR 248

07.12.2012	B 520	(Beschluss § 2867 vom 25.02.2013)  Maßnahmen des Magistrats, um die Brandschutzsicherheit von Gebäuden mit Styropor gedämmten Gebäudefassaden zu erhöhen.	Bericht: B 520
11.10.2012	§ 2219 beruht auf: M 194	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 10.09.2012, M 194  Den vorgelegten Förderungen 2012 wird zugestimmt.	Beschluss: § 2219 Vortrag: M 194
28.02.2013	§ 2826 beruht auf: M 1	Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebiets  Vortrag des Magistrats vom 07.01.2013, M 1	Beschluss: § 2826 Vortrag: M 1
07.01.2013	M 1	(Beschluss § 2826 vom 28.02.2013)  Der Magistrat erstellt eine Machbarkeitsstudie für ein nachhaltiges Gewerbegebiet. Nachhaltigkeit auf ökologischer sowie ökonomischer Ebene soll in dem Gewerbegebiet verwirklicht werden.	Vortrag: M 1
09.10.2015	M 168	(Beschluss § 6625 vom 17.12.2015)  Die Rahmenbedingungen für das nachhaltige Gewerbegebiet wurden beschlossen.	Vortrag: M 168
16.10.2017	NR 422	(Beschluss § 1937 vom 16.11.2017) "Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept für die Einrichtung von Standortmanagements für Industrie- und große Gewerbegebiete mit derzeit minder- oder ungenutzten Flächen zu entwickeln, um die Aktivierung von Flächenpotenzialen voranzutreiben, Industrie- und Gewerbegebiete zu qualifizieren und zu profilieren, zu vermarkten und nachhaltig zu entwickeln sowie Synergien zwischen den ansässigen Unternehmen zu heben."	Antrag: NR 422
12.09.2013	§ 3653 beruht auf: NR 660	Kulturcampus Bockenheim  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 16.07.2013, NR 660  Der Campus soll im Innern weitgehend frei von Autoverkehr sein und insgesamt ein klimafreundliches Quartier werden.	Beschluss: § 3653 Antrag: NR 660
30.01.2014	§ 4183 beruht auf: M 241	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 16.12.2013, M 241  Den vorgelegten Förderungen 2013 wird zugestimmt.	Beschluss: § 4183 Vortrag: M 241

27.02.2014	§ 4291	Fernwärmeversorgung des Baugebietes "Am Riedberg" auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung	Beschluss: § 4291
	beruht auf: M 8	Vortrag des Magistrats vom 17.01.2014, M 8	Vortrag:
		Annahme einer veränderten Fernwärmesatzung für den Riedberg, damit trotz planerischer Änderungen des Bebauungsplans eine vollständige Fernwärmeversorgung garantiert werden kann.	M 8
26.06.2014	§ 4692	Gesundheitsbelastung in Passivhaus-Feuerwachen?	Beschluss:
	beruht auf:	Anfrage der FDP vom 30.01.2014, A 493	§ 4692
	A 493	Der Magistrat wird aufgefordert, den Bericht zur Vorlage A 493, in der zahlreiche Fragen zum Problem der gerin- gen Luftfeuchtigkeit in den Passivhaus-Feuerwachen gestellt werden, innerhalb eines Monats vorzulegen.	Anfrage: A 493
18.07.2014	B 271	(Beschluss § 4997 vom 25.09.2014)	Bericht:
		Die Luftfeuchtigkeit soll auf den betroffenen Feuerwachen durch verschiedene Maßnahmen erhöht werden und eine Langzeituntersuchung der Luftqualität wird durchgeführt. Eine Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter wird ausgeschlossen	B 271
18.12.2014	§ 5392 beruht auf: M 183	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Ener- gieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt	Beschluss: § 5392 Vortrag:
	W 103	Vortrag des Magistrats vom 27.10.2014, M 183	M 183
		Den vorgelegten Förderungen 2014 wird zugestimmt.	
19.11.2015	§ 6547 beruht auf:	Evaluation des Modellprojekts "Heinrich-Lübke- Siedlung"	Beschluss: § 6547
	OA 675	Anregung des OBR 7 vom 06.10.2015, OA 675	Antrag:
		"Der Magistrat wird aufgefordert, die Geschäftsführung der zu hundert Prozent im Besitz der Stadt Frankfurt befindlichen ABG Frankfurt Holding zu veranlassen, eine Evaluation des Modellprojekts "Heinrich-Lübke-Siedlung' durchzuführen. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, wie sich die durchschnittlichen Energiekosten je Quadratmeter Wohnfläche in den ersten drei Jahren nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen entwickelt haben, welche Veränderungen der Mietpreise zu verzeichnen waren und welche einmaligen Kosten für die Sanierung von den Mieterinnen und Mietern übernommen werden mussten."	OA 675
12.05.2016	§ 73 beruht auf: M 64	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Ener- gieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt	Beschluss: § 73 Vortrag:
	IVI UT	Vortrag des Magistrats vom 18.03.2016, M 64	M 64
		Den vorgelegten Förderungen 2016 wird zugestimmt.	

23.02.2017	§ 1053	Planungen für die wachsende Stadt: Ernst-May- Viertel und angrenzende Stadtquartiere	Beschluss: § 1053
	beruht auf: NR 235	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 01.02.2017, NR 235	Antrag: NR 235
		Kein Innovationsquartier in der Kalt- und Frischluft- schneise für den Wetterauwind	
		<ul> <li>Erhalt der Kleingärten, des bestehenden Grünzuges mit seinem Biotop-Netz muss eine Möglichkeit der Entscheidung aus einem offenen Dialog mit den Bür- ger*innen sein</li> </ul>	
31.08.2017	§ 1675 beruht auf:	Hessencenter im Einvernehmen mit Stadtteilen, Region und Klimaschutz weiterentwickeln	Beschluss: § 1675
	NR 344	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 02.06.2017, NR 344	Antrag: NR 344
		"Der Magistrat wird gebeten, bei der Weiterverfolgung des Bebauungsplans Nr. 893 - Südlich Borsigallee/Am Hessen-Center folgende Punkte zu berücksichtigen:	
		1. Sowohl mit dem Einzelhandel in Bergen-Enkheim und weiteren betroffenen Stadtteilen, als auch der Nachbar-Kommunen ist eine Verständigung und größtmögliche Akzeptanz über die Weiterentwicklung des Hessen-Centers herzustellen.	
		2. Die Erweiterung des Hessen-Centers ist in der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts analog der dort entwickelten Kennzahlen und Kriterien, wie z.B. Bevölkerungsanzahl, Bevölkerungswachstum, Art des Warenangebots und wirtschaftlicher Tragfähigkeit darzustellen.	
		3. Bei der Gestaltung der nordöstlichen Fläche als öffentlich genutzten Platz sind insbesondere die Vorschläge des Ortsbeirats 16 und der Bergen-Enkheimer Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und frühzeitig in Planungen und Gespräche mit dem Investor einzubringen. Der Ortsbeirat 16 ist über den Stand und Fortschritt der Planungen zu informieren.	
		4. Umbau und Erweiterung müssen den Anforderungen und Empfehlungen des Masterplans "100% Klimaschutz" entsprechen.	
		5. Der Magistrat wird aufgefordert, in - Ergänzung der M 55 vom 04.03.2016 - Ziffer II -, vor der Offenlage des Bebauungsplanentwurfs der Stadtverordnetenversamm- lung über die oben genannten Punkte zu berichten."	
24.11.2017	B 375	(Beschluss § 2344 vom 01.03.2018)	Bericht:
		Die Vorlage B 375 dient als Zwischenbericht zur Kennt- nis, damit der Magistrat über die etwaigen Veränderun- gen vor der Offenlage des Bebauungsplanentwurfs be- richtet.	B 375

_			
17.09.2018	B 297	(Beschluss § 3379 vom 13.12.2018)  Durch die Erweiterung der Verkaufsfläche in verträglichem Umfang sowie der Unterbringung öffentlicher Nutzungen sollte das Einkaufszentrum funktional und räumlich mit dem Stadtteil verbunden werden und damit einen Mehrwert für die Bewohner bieten.	Bericht: B 297
16.11.2017	§ 1967 beruht auf: M 173	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 04.09.2017, M 173  Den vorgelegten Förderungen 2017 wird zugestimmt.	Beschluss: § 1967 Vortrag: M 173
23.08.2018	§ 3043 beruht auf: M 113	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 15.06.2018, M 113  Den vorgelegten Förderungen 2018 wird zugestimmt.	Beschluss: § 3043 Vortrag: M 113
13.12.2018	§ 3466 beruht auf: NR 678	Fernwärme für den Frankfurter Zoo Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 22.10.2018, NR 678 "Bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Zoo möge der Magistrat prüfen und berichten, inwieweit die Wär- meversorgung auf Fernwärme umgestellt werden kann, welche Kosten damit verbunden sind und welche ener- getischen und finanziellen Einsparungen damit erzielt werden können. Ferner möge der Magistrat prüfen und berichten, inwiefern eine verstärkte Nutzung von Solar- energie für die Versorgung des Zoos mit Strom und Wärme sinnvoll wäre."	Beschluss: § 3466 Antrag: NR 678
31.01.2019	§ 3645 beruht auf: M 221	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 16.11.2018, M 221  Den vorgelegten Förderungen 2018 wird zugestimmt.	Beschluss: § 3645 Vortrag: M 221
29.08.2019	<b>§ 4491</b> beruht auf: M 91	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 24.06.2019, M 91  Den vorgelegten Förderungen 2019 wird zugestimmt.	Beschluss: § 4491 Vortrag: M 91
07.11.2019	<b>§ 4846</b> beruht auf: M 158	Förderprogramm Erneuerbare Energien und Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen in Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 07.10.2019, M 158  Den vorgelegten Förderungen 2019 wird zugestimmt.	Beschluss: § 4846 Vortrag: M 158

07.11.2019	§ 4823	Bebauungsplan Nr. 915 - Nördlich Weinstra-	Beschluss:
	beruht auf:	ße/Gießener Straße	§ 4823
	M 124	Vortrag des Magistrats vom 23.08.2019, M 124  Der Vorlage M 124 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Vortrag: M 124

# 1.2. Energie- und Klimaschutzkonzepte

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
29.03.2007	§ 1658	Klimaschutz in Frankfurt:	Beschluss:
	beruht auf:	Energie- & CO2-Bilanz	§ 1658
	NR 338	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 22.02.2007, NR 338	Antrag: NR 338
		Der Magistrat wird zur Aktualisierung der Energie- und CO2-Bilanz aufgefordert. Er soll einen Maßnahmenplan zum Erreichen des Klima-Bündnis-Zieles erarbeiten und bei Erstellung sowie Umsetzung Bürger/-innen sowie Unternehmen einbeziehen.	
		Bei der Bauherrenberatung und bei zukünftigen Bauvorhaben in Frankfurt sollen Hinweise und Beratungsangebote zur CO2-Reduktion erfolgen. Bei Architekturwettbewerben soll ein Energieberater einbezogen werden und ein Kriterium soll die Energieeffizienz sein.	
07.07.2008	B 419	(Beschluss § 4519 vom 25.09.2008)	Bericht:
		Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung:	B 419
		1. "[] Gemäß des Beschlusses § 1658 wurde durch das Heidelberger ifeu-Institut eine Energie- und CO2-Bilanz erstellt, verbunden mit der Entwicklung eines Maßnahmenplans. []	
		2. "[] Parallel wurde durch den Magistrat gemäß Beschluss § 1806 ein Klimaschutzstadtplan erstellt, der seit Mitte Juni 2008 im Internet abrufbar ist. []"	
19.12.2008	B 865	(Beschluss § 5305 vom 29.01.2009)	Bericht:
		"[] Das ifeu-Institut hat einen detaillierten Entwurf für das Energie- und Klimaschutzkonzept für Frankfurt am Main erstellt. Der vorläufige Endbericht ist unter www.energiereferat.stadt-frankfurt.de zu finden. []"	B 865
03.04.2009	B 212	(Beschluss § 6158 vom 09.07.2009)	Bericht:
		Der Magistrat möchte der StVV vor der Sommerpause einen Magistratsvortrag zum Energie- und Klimaschutz-konzept vorlegen, der mit allen Projektpartnern abgestimmt ist und einen Finanzierungsplan umfasst.	B 212
		Des Weiteren ist geplant, mit der Mainova ein Konzept für die Wärmeversorgung der zukünftigen Dom-Römer-Bebauung und für die angrenzenden Liegenschaften zu entwickeln sowie für Höchst und die anderen Stadtteile ein Teilenergiekonzept zur Nutzung von Abwärme in Auftrag zu geben.	
		Im Jahr 2009 soll die Energie- und CO2-Bilanz aktualisiert und fortgeschrieben werden.	

30.10.2009   M 214   (Beschluss § 7349 vom 10.12.2009)				
Beinhaltet die CO2-Bilanz und die Energiebilanz. Zugehörig zur Energiebilanz sind die Werte der Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie und Verkehr. Zum Schluss folgt ein Fazit.  02.10.2009  B 861  (Beschluss § 7222 vom 29.10.2009)  "Zu § 1658: Der Stadtverordnetenversammlung wurde eine aktualisierte Energie- und CO2-Bilanz vorgelegt. Es wurde ein aktualisierte Energie- und Klimaschutzkonzept mit Maßnahmenplan für Frankfurt am Main entwickelt, dessen Entwurf der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde. Die mit den Projektpartnern abgestimmte Version wird der Stadtverordnetenversammlung als Magistratsvortrag vorgelegt.  []  Im Rahmen der Bauleitplanung und von Bauprojekten in Frankfurt wendet sich das Energiereferat gezielt an die Bauträger, um eine energiesparende Bauweise und eine energieeffiziente Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien zu erreichen.  []*  8 1806  beruht auf: NR 402  Klimaschutzstadtplan  Antrag der GRÜNEN vom 30.03.2007, NR 402  In einem Klimaschutzstadtplan sollen Solarthermie- und Photovoltaikanlage, Passivhäuser, Holzpelletheizungen und Blockheizkraftwerke eingetragen werden. Das Energiereferat führt auf Anfrage Führungen zu den Anlagen durch.  07.07.2008  B 419  (Beschluss § 4519 vom 25.09.2008)  Bericht: Bericht: B 861	30.10.2009	M 214	<ol> <li>Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Frank- furt am Main zu. Der Magistrat wird aufgefordert die Maßnahmen aus dem Maßnahmenplan umzusetzen.</li> <li>Die erforderlichen Mittel sind in den kommenden Jahren an den im Maßnahmenplan skizzierten Mittel-</li> </ol>	M 214 Anlage: Klimaschutzkon-
### ### ##############################	04.03.2011	B 124	Beinhaltet die CO2-Bilanz und die Energiebilanz.  Zugehörig zur Energiebilanz sind die Werte der Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie und	
beruht auf: NR 402  Antrag der GRÜNEN vom 30.03.2007, NR 402  In einem Klimaschutzstadtplan sollen Solarthermie- und Photovoltaikanlage, Passivhäuser, Holzpelletheizungen und Blockheizkraftwerke eingetragen werden. Das Energiereferat führt auf Anfrage Führungen zu den Anlagen durch.   O7.07.2008  B 419  (Beschluss § 4519 vom 25.09.2008)  Bericht: R 419	02.10.2009	B 861	"Zu § 1658: Der Stadtverordnetenversammlung wurde eine aktualisierte Energie- und CO2-Bilanz vorgelegt. Es wurde ein aktualisiertes Energie- und Klimaschutzkonzept mit Maßnahmenplan für Frankfurt am Main entwickelt, dessen Entwurf der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde. Die mit den Projektpartnern abgestimmte Version wird der Stadtverordnetenversammlung als Magistratsvortrag vorgelegt.  []  Im Rahmen der Bauleitplanung und von Bauprojekten in Frankfurt wendet sich das Energiereferat gezielt an die Bauträger, um eine energiesparende Bauweise und eine energieeffiziente Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien zu erreichen.	
B 419	03.05.2007	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 30.03.2007, NR 402 In einem Klimaschutzstadtplan sollen Solarthermie- und Photovoltaikanlage, Passivhäuser, Holzpelletheizungen und Blockheizkraftwerke eingetragen werden. Das Energiereferat führt auf Anfrage Führungen zu den An-	§ 1806 Antrag:
Klimaschutzstadtplan erstellt, der seit Mitte Juni 2008 im Internet abrufbar ist.				Destala

<b></b>			
19.12.2008	B 865	(Beschluss § 5305 vom 29.01.2009)  Im Rahmen der "Tage der Industriekultur" wurde eine "Klimatour" zu Gebäuden mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen durchgeführt. Das Energiereferat hat eine mehrtägige Führung zu energiesparenden Hochhäusern und Planungsprojekten für eine Delegation eines französischen Ministeriums durchgeführt.	Bericht: B 865
03.04.2009	B 212	(Beschluss § 6158 vom 25.06.2009)  Der Magistrat möchte der StVV vor der Sommerpause einen Magistratsvortrag zum Energie- und Klimaschutzkonzept vorlegen, der mit allen Projektpartnern abgestimmt ist und einen Finanzierungsplan umfasst.  Des Weiteren ist geplant, mit der Mainova ein Konzept für die Wärmeversorgung der zukünftigen Dom-Römer-Bebauung und für die angrenzenden Liegenschaften zu entwickeln sowie für Höchst und die anderen Stadtteile ein Teilenergiekonzept zur Nutzung von Abwärme in Auftrag zu geben.  Im Jahr 2009 soll die Energie- und CO2-Bilanz aktualisiert und fortgeschrieben werden.	Bericht: B 212
02.10.2009	B 861	(Beschluss § 7222 vom 29.10.2009)  "[] Zu § 1806: Das Energiereferat hat im Juni 2008 den Klimaschutzstadtplan ins Internet gestellt und im Juni 2009 aktualisiert. Insgesamt sind über 1000 Objekte (Passivhäuser, Blockheizkraftwerke, Solaranlagen, Biomasseanlagen) mit Zusatzinformationen abrufbar, soweit die Eigentümer der Anlagen dem zugestimmt haben.  Das Energiereferat führt regelmäßig zu verschiedenen Anlässen ("Tag der erneuerbaren Energien", "Route der Industriekultur" usw.) Führungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu Projekten des Klimaschutzes in Frankfurt durch. Des Weiteren wurden mehrere Führungen für ausländische Delegationen von Ministerien, Stadträten und Fachplanern u. a. aus China, Japan, Frankreich, Belgien sowie verschiedenen osteuropäischen Ländern zu den Themen energiesparende Hochhäuser, Passivhausbauweise und Blockheizkraftwerke durchgeführt."	Bericht: B 861
28.02.2008	§ 3536 beruht auf: NR 728	Klimaschutz in wohnungspolitischen Leitlinien Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 17.01.2008, NR 728  Der Magistrat soll in der Präambel der Wohnungspolitischen Leitlinien die Verpflichtung der Stadt Frankfurt zum Klimaschutz aufnehmen. Klimaschonendes Bauen soll ein Grundsatz in den wohnungspolitischen Leitlinien sein. Der Magistrat soll im jährlichen Bericht zur Wohnraumversorgung über die Fortschritte der Stadt Frankfurt zum Passivhaus-Bau und zur energetischen Gebäudesanierung berichten.	Beschluss: § 3536 Antrag: NR 728

29.09.2009	B 633	(Beschluss § 5099 vom 11.12.2008)	Bericht: B 633
		Der Magistrat berichtet ausführlich über die Verbesserung des Wohnungsbestandes und den Passivhausbau insbesondere bei der ABG.	D 033
		Auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses § 3536 wird die Verpflichtung der Stadt Frankfurt zum Klimaschutz in den wohnungspolitischen Leitlinien verankert. In den Leitlinien werden der Passivhausbau und die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes als Maßnahmen zum Klimaschutz empfohlen.	
18.10.2010	B 656	(Beschluss § 9091 vom 16.12.2010)	Bericht: B 656
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2009	Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2009.	Jahresbericht 2009
14.11.2011	B 455	(Beschluss § 1206 vom 01.03.2012)	Bericht:
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2010	B 455 Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2010.	Jahresbericht 2010
14.01.2013	B 16	(Beschluss § 2875 vom 21.03.2013)	Bericht: B 16
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2011	Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2011.	Jahresbericht 2011
01.11.2013	B 509	(Beschluss § 4064 vom 30.01.2014)	Bericht: B 509
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2012	Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2012.	Jahresbericht 2012
12.12.2014	B 486	(Beschluss § 5845 vom 07.05.2015)	Bericht:
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2013	B 486 Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2013.	Jahresbericht 2013
11.12.2015	B 450	(Beschluss § 6801 vom 25.02.2016)	Bericht:
		Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2014	B 450 Anlage:
		Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2014.	Jahresbericht 2014

31.10.2016	B 275	(Beschluss § 997 vom 23.02.2017)  Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2015  Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2015.	Bericht: B 275 Anlage: Jahresbericht 2015
26.01.2018	B 16	(Beschluss § 2432 vom 22.03.2018)  Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2016  Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2016.	Bericht: B 16 Anlage: Jahresbericht 2016
12.11.2018	B 356	(Beschluss § 3621 vom 31.01.2019)  Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2017  Informationen zum Passivhausbau und zum Klimaschutz im Bauwesen für das Jahr 2017.	Bericht: B 356 Anlage: Jahresbericht 2017
24.04.2008	§ 3846 beruht auf: NR 797	Kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt Antrag der GRÜNEN vom 03.03.2008, NR 797 Der Magistrat wird aufgefordert, alle 2 Jahre einen Bericht über Maßnahmen und Erfolge im kommunalen Klimaschutz vorzulegen.	Beschluss: § 3846 Antrag: NR 797
16.01.2009	B 24	(Beschluss § 5475 vom 26.02.2009) "[] Der Magistrat legt mit diesem Bericht die Vorlage zur 4. aktualisierten Auflage des Berichtes "Klimaschutz in Frankfurt am Main 1990-2008" vor. []"	Bericht: B 24
01.04.2011	B 181	(Beschluss § 200 vom 16.06.2011)  Kommunaler Klimaschutzbericht 2009–2010	Bericht: B 181
27.05.2013	B 274	(Beschluss § 3298 vom 04.07.2013)  Kommunaler Klimaschutzbericht 2011–2012	Bericht: B 274
20.07.2015	B 268	(Beschluss § 6211 vom 24.09.2015)  Kommunaler Klimaschutzbericht 2013–2014	Bericht: B 268
19.05.2017	B 176	(Beschluss § 1494 vom 29.06.2017) Kommunaler Klimaschutzbericht 2015–2016	Bericht: B 176
08.04.2019	B 117	(Beschluss § 4033 vom 23.05.2019) Kommunaler Klimaschutzbericht 2017–2018	Bericht: B 117

04.04.0000	S 5500	P'a Illiana Ing Tolon (III C'a Ing Ing	B 11
21.01.2009	§ 5502	Ein "Haus der Zukunft" für den Klimaschutz	Beschluss: § 5502
	beruht auf: E 16	Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2009, § 5502, dokumentiert.	Etatantrag:
		"Das im Klimaschutzkonzept der Stadt Frankfurt empfohlene "Haus der Zukunft" wird als Zusammenschluss aller wichtigen Akteure im Bereich Klimaschutz gegründet. Die hierfür erforderlichen Anschubkosten für das Anmieten eines Raumes in Höhe von 20.000,- Euro sind aus dem Etat des Energiereferates zu finanzieren."	E 10
29.01.2009	§ 5336	Ausbau des Fernwärmenetzes	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 16.12.2008, NR 1216	§ 5336
	NR 1216	Der Magistrat soll ein Konzept zur Ausweitung und Verdichtung der Fernwärmeversorgung aus KWK in der Innenstadt und in angrenzenden Stadtteilen entwickeln. Beteiligt werden die Mainova und ggf. dritte Gebäudebetreiber und Investoren.	Antrag: NR 1216
29.01.2009	§ 5338	Kampagne für Blockheizkraftwerke	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 18.12.2008, NR 1220	§ 5338
	NR 1220	Der Magistrat soll eine Kampagne zur weiteren Verbreitung von dezentralen Blockheizkraftwerken (BHKWs) starten. Die Kampagne wird Hauseigentümern eine Überprüfung anbieten, ob und welche Art eines BHKWs in ihrem Gebäude sinnvoll eingesetzt werden kann.	Antrag: NR 1220
18.05.2009	A 936	Fragenkatalog an das Energiereferat	Anfrage:
		Der Magistrat wird gebeten, die Fragen des Antrags zum Energiereferat im Allgemeinen und zu Energieberatungen zu beantworten.	A 936
17.08.2009	B 685	(Beschluss § 6975 vom 12.11.2009)	Bericht:
		Energieberatung in Frankfurt	B 685
		Beantwortung aller in A 936 gestellten Fragen.	
29.03.2010	A 1187	Energie- und Wärmeversorgung in Berkersheim und Preungesheim	Anfrage: A 1187
25.06.2010	B 403	(Beschluss § 8673 vom 30.09.2010)	Bericht:
		Beantwortung aller in A 1187 gestellten Fragen.	B 403
01.03.2012	§ 1288	"Frankfurt am Main – 100 % erneuerbare Energie!"	Beschluss:
	beruht auf: NR 162	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 02.12.2011, NR 162	§ 1288 Antrag:
		Der Magistrat soll die Ziele des Frankfurter Energie- und Klimaschutzkonzepts weiterentwickeln, sodass ein Konzept entsteht, wie Frankfurt bis spätestens 2050 mit 100% erneuerbarer Energie versorgt werden kann.	NR 162

14.11.2014	D 422	(Peopline \$ 5702 years 20 02 2045)	Doriokt:
14.11.2014	B 433	(Beschluss § 5792 vom 26.03.2015)	Bericht: B 433
		Ökologisch nachhaltige Grünflächenpflege	
		Bericht des Magistrats zu ökonomischen und ökologischen Aspekten der Grünflächenentwicklung in Frankfurt.	
20.11.2014	§ 5319	Anpassungsstrategie an den Klimawandel	Beschluss:
	beruht auf: M 146	Vortrag des Magistrats vom 12.09.2014, M 146	§ 5319
		Dem Vortrag des Magistrats (M 146) wird zugestimmt. Der Magistrat wird gebeten, einen Fragenkatalog zum Thema der Anpassung Frankfurts an den Klimawandel zu beantworten. Der Beschluss umfasst Fragen zu den Themen Planen, Bauen, Grünflächen, Mobilität und Wasser.	Vortrag: M 146
06.03.2015	B 91	(Beschluss § 6065 vom 16.07.2015)	Bericht:
		Beantwortung aller im Beschluss § 5319 gestellten Fragen	B 91
26.02.2015	§ 5659 beruht auf: M 11	Beitritt der Stadt Frankfurt am Main zum Konvent der Bürgermeister/innen für die Anpassung an den Klimawandel Vortrag des Magistrats vom 16.01.2015, M 11 Der Vorlage M 11 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Beschluss: § 5659 Vortrag: M 11
07.05.2015	§ 5842 beruht auf: OA 607	Aufgebohrt: Die Frankfurter Anpassungsstrategie an den Klimawandel Anregung des OBR 2 vom 09.03.2015, OA 607 Die Vorlage OA 607 wird im vereinfachten Verfahren erledigt.	Beschluss: § 5842 Antrag: OA 607
16.07.2015	§ 6130	Integriertes Innenstadtkonzept	Beschluss:
	beruht auf: M 153	Magistratsbericht M 153 vom 12.09.2014	§ 6130
		Lösungen für die Innenstadt zur Anpassung an zukünftige Entwicklungen wie den Klimawandel oder die zunehmende Vernetzung von ÖPNV und alternativen Verkehrsmitteln.	Vortrag: M 153
16.07.2015	§ 6166 beruht auf: M 97	Abschluss eines Fernwärme-Gestattungsvertrages zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der Mainova AG für die Dauer von 20 Jahren, beginnend am 15.09.2015  Vortrag des Magistrats vom 15.06.2015, M 97	Beschluss: § 6166 Vortrag: M 97
		Der Vorlage M 97 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	

<b> </b>	1		ı
03.08.2015	B 298	(Beschluss § 6427 vom 15.10.2015)	Bericht:
		Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt am Main 2030	B 298
		Magistratsbericht zum Integrierten Stadtentwicklungs- konzept (Was ist der Anlass? Was ist der Nutzen? Wie soll fortgefahren werden?)	
18.07.2016	B 181	(Beschluss § 549 vom 13.10.2016)	Bericht:
		"[] Das integrierte Stadtentwicklungskonzept wird in vier Phasen erarbeitet. Der vorliegende Statusbericht (siehe Anlage) umfasst die Ergebnisse der ersten beiden Arbeitsphasen. []"	B 181
24.09.2015	§ 6320	Masterplan 100% Klimaschutz	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 24.07.2015, M 124	§ 6320
	M 124	Dem Vortrag des Magistrats wird zugestimmt.	Vortrag: M 124
		Vorstellung des Generalkonzepts und Beschluss, dass dieses weiter fortgeführt wird.	
23.02.2017	§ 1052	Entwurf Haushalt 2017	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 17.02.2017, M 39	§ 1052
	M 39	Mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2017–2020	Vortrag: M 39
26.04.2017	§ 1429	Mehr Stellen für Frankfurts Grün	Beschluss:
	beruht auf: E 75	Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2017, § 1429, dokumentiert.	§ 1429 Etatantrag: E 75
		"Im Produktbereich 22, in den Produktgruppen 22.01, 22.04, 22.09, wird mit dem Haushalt 2017 die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Untere Naturschutzbehörde (2 Personalstellen à TVÖD11), Umweltplanung (1 Personalstelle TVÖD13), Energiereferat (1 Personalstelle TVÖD11) und Grünflächen-amt (3 Personalstellen à TVÖD6, 1 Personalstelle TVÖD13) erhöht. Das Personal-budget wird entsprechend angepasst und verstetigt."	
29.06.2017	§ 1543	Energiewende im Bereich Wärme	Beschluss:
	beruht auf: NR 323	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 03.05.2017, NR 323	§ 1543 Antrag:
		"Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, inwieweit bei städtischen Liegenschaften sowie Liegenschaften der städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften, deren Gebäude nicht schon mit erneuerbaren Energien beheizt werden, eine thermische Nutzung der Solarenergie für Heizung und Warmwasserbereitung möglich, zulässig und wirtschaftlich sinnvoll ist. Hierbei sind zunächst insbesondere solche Liegenschaften zu bewerten, deren Heizungsanlage demnächst erneuert werden muss."	NR 323

06.10.2017	B 330	(Beschluss § 1889 vom 16.11.2017) "Bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten in städtischen Liegenschaften erfolgt die Prüfung von einzelnen Maßnahmen (hier "thermische Solaranlagen primär für Brauchwassererwärmung - weniger zur Heizungsunter-	Bericht: B 330
		stützung") auf Basis der "Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen" []".	
12.12.2017	<b>§ 2079</b> beruht auf: M 241	Entwurf Haushalt 2018  Vortrag des Magistrats vom 08.12.2017, M 241  Mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2018–2021	Beschluss: § 2079 Vortrag: M 241
01.02.2018	§ 2133 beruht auf: NR 466	Neue Fernwärme-Tarifstruktur ist unsozial und klimapolitisch kontraproduktiv  Antrag der LINKE. Vom 06.12.2017, NR 466 "Der Magistrat wird beauftragt, über den Aufsichtsrat auf die Mainova einzuwirken, damit die Tarifstruktur der Wärmelieferung nicht wie schon beschlossen umgestellt wird, sondern zum 01.01.2018 ein in den Segmenten Jahresgrundpreis und Arbeitspreis stufenweise ansteigender Tarif eingeführt wird. Dabei verbleibt der Jahresgrundpreis niedrig und der Arbeitspreis wird in dazu angemessener Weise höher ausgestaltet."	Beschluss: § 2133 Antrag: NR 466
04.05.2018	B 132	(Beschluss § 2896 vom 23.08.2018) "[] Mit der veränderten Gewichtung von Grund- und Arbeitspreis von ca. 20/80 auf ca. 50/50 Prozent wird die installierte Anschlussleistung bewusst stärker gewichtet. Dies schafft für den Kunden einen Anreiz zur Überprüfung der Anschlussleistung und Optimierung der technischen Anlage und somit zur Effizienzsteigerung. Dieser Anreiz bestand aufgrund des geringeren Anteils des leistungsbasierten Grundpreises bisher so nicht. Eine effiziente Nutzung sowohl der eigenen Anlage als auch des Gesamtsystems wird durch das neue Preissystem nun belohnt. Dies ist in einem linearen Tarif, der nur den Verbrauch, jedoch nicht die benötigte Infrastruktur berücksichtigt, nicht der Fall. Dennoch führt auch im neuen Preissystem ein Minderverbrauch durch Einsparung zu geringeren Kosten. []"	Bericht: B 132
21.06.2018	§ 2884 beruht auf: NR 506 u. 606	Klimafolgen der Röderbergweg-Bebauung prüfen Antrag der LINKE. vom 08.02.2018, NR 506 Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 14.06.2018, NR 606  1. a) Es dient zur Kenntnis, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau, die Beratung der Vorlage NR 506 bis zur nächsten turnusmäßigen Sitzung zurückzustellen, aufgehoben hat.  b) Die Vorlage NR 506 wird abgelehnt.	Beschluss: § 2884 Antrag: NR 506 Antrag: NR 606

		2. Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen und zu berichten,  - ob im Rahmen der Bearbeitung von Baugenehmigungen auch eine Prüfung in Hinblick auf mikroklimatische Auswirkungen stattfindet, und wenn nicht, ob eine solche Beurteilung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens rechtlich möglich ist;  - welche zusätzlichen Möglichkeiten er sieht, auf eine klimagerechte Planung und Realisierung von Gebäuden hinzuwirken und somit einen Beitrag zur "Anpassungsstrategie an den Klimawandel" zu leisten. (NR 606)	
08.11.2018	§ 3304 beruht auf: M 199	Entwurf Haushalt 2019  Vortrag des Magistrats vom 02.11.2018, M 199  Mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2019–2022	Beschluss: § 3304 Vortrag: M 199
13.12.2018	§ 3466 beruht auf: NR 678	Fernwärme für den Frankfurter Zoo  Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 22.10.2018, NR 678  "Bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Zoo möge der Magistrat prüfen und berichten, inwieweit die Wär- meversorgung auf Fernwärme umgestellt werden kann, welche Kosten damit verbunden sind und welche ener- getischen und finanziellen Einsparungen damit erzielt werden können. Ferner möge der Magistrat prüfen und berichten, inwiefern eine verstärkte Nutzung von Solar- energie für die Versorgung des Zoos mit Strom und Wärme sinnvoll wäre."	Beschluss: § 3466 Antrag: NR 678
08.03.2019	B 87	(Beschluss § 4616 vom 26.09.2019)  "[] Die gesamte Infrastruktur für Tierhaltung und sonstige zoobetriebliche Bereiche, sowohl auf dem Zooareal einschl. des Zoogesellschaftshauses, als auch auf dem Wirtschaftshof, Thüringer Straße 9 - 11, weisen einen hohen Wärmeenergiebedarf auf. Einzelne Neubauobjekte der zurückliegenden Dekade 2008 - 2018, Borgori-Wald (Gorillas, Bonobos, Orang-Utans sowie Binturong und Dik-Diks), Neuer Eingangsbereich mit Zooshop, Ukumari-Land (Brillenbären, Waldhunde und Ameisenbären) sowie die Quarantänestation konnten zur deutlich verbesserten Bilanz des spezifischen Wärmebedarfs führen. Insgesamt ist jedoch zu konstatieren, dass weiterhin erhebliche Energieeffizienzpotentiale hinsichtlich einer klimaschutzkonformen Gesamtversorgung des Frankfurter Zoos mit Wärmeenergie bestehen. []"	Bericht: B 87

40 40 5545	0.04=5		
13.12.2018	§ 3470 beruht auf:	Erforderliche Modernisierung des Heizkraftwerks West der Mainova	Beschluss: § 3470
	NR 693	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 08.11.2018, NR 693	Antrag: NR 693
		"Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Mainova einen Dialog mit der Zielsetzung, im Heizkraftwerk West unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte statt Kohle nur noch umweltverträglichere Energieträger einzusetzen, zu beginnen. Der Umstiegsprozess soll bis 2030 vollzogen sein. []"	
13.12.2018	§ 3465 beruht auf:	Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen: Vorbild Stadt Frankfurt am Main	Beschluss: § 3465
	NR 677	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 18.10.2018, NR 677	Antrag: NR 677
		<ol> <li>"Der Magistrat wird gebeten, zu pr üfen und zu be- richten, wie hoch der Anteil an Strom aus erneuerba- ren Energiequellen ist, den die Stadtverwaltung heute bezieht.</li> </ol>	
		<ol> <li>Der Magistrat wird weiterhin gebeten, dafür zu sorgen, dass bis zum Jahr 2050 der Anteil des Stroms, den die Stadtverwaltung Frankfurt aus erneuerbaren Energiequellen bezieht, auf 100 Prozent steigt.</li> </ol>	
		<ol> <li>Der Magistrat wird beauftragt, zu pr üfen und zu berichten, welche Zwischenziele, ausgehend vom Ist-Stand, auf dem Weg dorthin f ür bestimmte Zeitabschnitte festgelegt und erreicht werden k önnen.</li> </ol>	
		4. Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wo der von der Stadt bezogene Strom erzeugt wird. Im Bericht soll zwischen Eigenerzeugung sowie der Generierung von Strom in Frankfurt (möglicherweise Mainova), in der Rhein-Main-Region, in Deutschland und im Ausland differenziert werden."	
04.03.2019	B 67	(Beschluss § 3815 vom 04.04.2019) Es wird auf die Fragen von § 3465 eingegangen.	Bericht: B 67
08.07.2019	B242	(Beschluss § 4330 vom 29.08.2019)	Bericht: B 242
		Es wird auf die Fragen von § 3465 eingegangen.	D 272

25.01.2019	§ 3734 beruht auf: E 67	Zeitgemäße Tradition - Errichtung eines Handwerkerhofes in Frankfurt am Main  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.02.2019, § 3734, dokumentiert.  "Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Frankfurt zu prüfen und zu berichten, wie und zu welchen Kosten die Errichtung eines "Handwerkerhofes" mit einem entsprechenden Gewerbeflächenangebot für Handwerks- und kleine stadtteilorientierte Betriebe des Dienstleistungs- und verarbeitenden Gewerbes in Frankfurt am Main geplant und	Beschluss: § 3734 Etatantrag: E 67
		durchgeführt werden kann.  [] Auch in Frankfurt am Main gibt es mit dem Hand-WERK in der August-Schanz-Straße schon erste Erfahrungen. Aus privater Initiative entstand auf einer Fläche von 1,5 Hektar für bis zu zwölf mittelständische Firmen im Bau- und Ausbaugewerbe ein Zusammenschluss von Handwerksbetrieben an einem Ort mit einer maßgeschneiderten Neubaulösung inklusive eines zeitgemäßen Energiekonzeptes, das mit dem Energiereferat der Stadt Frankfurt entwickelt wurde.[]"	
25.01.2019	§ 3734 beruht auf: E 54	Energieeffizienz von Museen verbessern  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.02.2019, § 3734, dokumentiert.  "Der Magistrat möge prüfen und berichten, wie die Energieeffizienz der Frankfurter Museen verbessert werden kann, die erforderliche Beratung durch das Energiereferat eingeschlossen, und ob dafür im Doppelhaushalt 2020/21 jährlich 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden können."	Beschluss: § 3734 Etatantrag: E 54
24.10.2019	§ 4725 beruht auf: OA 452	Masterplan 100% Klimaschutz  Anregung des OBR 6 vom 10.09.2019, OA 452  Aktualisierung darf keine Verzögerung mit sich bringen  Die Vorlage OA 452 wird im vereinfachten Verfahren erledigt. (Ermächtigung gemäß § 12 GOS)	Beschluss: § 4725 Anfrage: OA 452
07.11.2019	§ 4793 beruht auf: M 105	Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten - urbane Qualitäten stärken Integriertes Stadtentwicklungskonzept Vortrag des Magistrats vom 05.08.2019, M 105 Der Vorlage M 105 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Beschluss: § 4793 Vortrag: M 105

07.11.2019	§ 4816 beruht auf: NR 991	Arten- und Biotopschutzkonzept vorantreiben - Frankfurter Strategie für biologische Vielfalt und Klimaschutz  Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ- NEN vom 08.10.2019, NR 991  "Der Magistrat wird aufgefordert, das derzeit in Erstel- lung befindliche Arten- und Biotopschutzkonzept der Stadtverordnetenversammlung möglichst zeitnah zum Beschluss vorzulegen.  Insbesondere soll dieses Konzept folgende Punkte be- arbeiten:  a) Eine detaillierte Bestandserfassung der Arten und Biotope in Frankfurt,  b) die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen zur dauerhaften Erhaltung der ökologischen Vielfalt."	Beschluss: § 4816 Antrag: NR 991
12.12.2019	§ 4964 beruht auf: NR 877 u. 890	Antrag auf Ausrufung des Klimanotstands  Antrag der LINKE. vom 23.05.2019, NR 877 "1. a) Den Ziffern 2. bis 4., 6. und 7. der Vorlage NR 877 wird im Rahmen der Vorlage M 199 zugestimmt. b) Die Ziffern 1. und 5. der Vorlage NR 877 werden abgelehnt.  2. a) Den Ziffern 3. bis 6. und 8. bis 11. der Vorlage NR 890 wird im Rahmen der Vorlage M 199 zugestimmt. b) Die Ziffer 2. der Vorlage NR 890 wird dem Magistrat im Rahmen der Vorlage M 199 zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die Ziffer 2. der Vorlage NR 890 lautet: "Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Energiereferat - wenn nötig, weitere Ämter - personell deutlich aufgestockt werden." c) Die Ziffern 1. und 7. der Vorlage NR 890 werden abgelehnt."	Beschluss: § 4964 Antrag: NR 877
12.12.2019	<b>§ 5019</b> beruht auf: M 199	Klimaallianz Vortrag des Magistrats vom 22.11.2019, M 199 Der Vorlage M 199 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Beschluss: § 5019 Vortrag: M 199

## 1.3. Mobilität

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
13.09.2005	§ 9814 beruht auf: A 716	Mit dem Rad zur Arbeit Anfrage der GRÜNEN vom 17.05.2005, A 716 Insgesamt 8 Berichte	Beschluss: § 9814 Anfrage: A 716
02.10.2009	B 872	(Beschluss § 7226 vom 01.12.2009) "Die Pilotphase des Projekts bike+business bei der Stadt Frankfurt am Main steht mit dem vollzogenen Umzug des Ordnungsamtes in den Neubau an der Krifteler Straße und dem bevorstehenden Umzug der Ämter des Technischen Rathauses vor dem Abschluss. Zur Anfrage A 716 vom 17.05.2005 kann insofern abschließend berichtet werden. []"	Bericht: B 872
15.12.2005	§ 10470 beruht auf: NR 2108	<ul> <li>Erdgastankstellen</li> <li>Antrag der GRÜNEN vom 15.11.2005, NR 2108</li> <li>Der Magistrat soll auf die Mainova einwirken, am Flughafen Frankfurt und in der Nähe des Hauptbahnhofes eine Erdgastankstelle einzurichten.</li> <li>Der Magistrat möge</li> <li>bei Betreibern von Tankstellen auf die stadtweite Einrichtung zusätzlicher Erdgastankstellen hinwirken</li> <li>über den Hessischen und Deutschen Städtetag landes- und bundesweit die Tankstellenbetreiber dazu anhalten, ein flächendeckendes, engmaschiges Netz von Erdgastankstellen einzurichten.</li> </ul>	Beschluss: § 10470 Antrag: NR 2108
30.06.2006	В 306	(Beschluss § 898 vom 16.11.2006)  Zwischenbericht: Es gab kein Ergebnis bei den Verhandlungen zum Bau einer Tankstelle am Flughafen, am Hauptbahnhof findet sich kein Kooperationspartner, bei höherer Nachfrage kann sich dies ändern.	Bericht: B 306
01.09.2006	B 342	Ergänzung zum Bericht B 306: Zwei weitere Tankstellen sind bereits im Bau (Am Martinszehnten und im Industriepark Höchst).	Bericht: B 342
15.12.2005	§ 10471 beruht auf: NR 2109	Erdgastankstellen Antrag der GRÜNEN vom 15.11.2005, NR 2109 Der Magistrat soll auf das Land Hessen einwirken, damit der Ausbau eines flächendeckenden Erdgastankstellennetzes im Ballungsraum Rhein-Main vorangetrieben wird.	Beschluss: § 10471 Antrag: NR 2109

01.03.2007	§ 1470	Haushaltsplan 2007	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 06.10.2006, M 200	§ 1470
	M 200	Zur Nachrüstung städtischer Fahrzeuge mit Rußpartikel- filtern stellt der Magistrat 250.000 Euro in den Haushalt ein, die gleiche Summe wird zusätzlich von den jeweili- gen Ämtern finanziert. Fuhrparks der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung sollen schnell mit Rußpartikelfil- tern nachgerüstet werden. Neue Fahrzeuge sollen min- destens EURO 5 bzw. EEV entsprechen. Die PKW- Flotte soll 2010 und die LKW-Flotte 2012 den Standards entsprechen.	Vortrag: M 200
05.06.2007	§ 2021	Erdgastankstelle "Am Martinszehnten"	Beschluss:
	beruht auf:	Anregung des OBR 12 vom 20.04.2007, OA 380	§ 2021
	OA 380	Die Erdgastankstelle im Gewerbegebiet am "Am Martinszehnten" soll gebaut und dem Betreiber soll bei einer wirtschaftlichen Lösung geholfen werden.	Anfrage: OA 380
24.08.2007	B 607	(Beschluss § 2839 vom 15.11.2007)	Bericht:
		Mainova setzt sich für den Bau neuer Erdgastankstellen im Stadtgebiet ein, es werden immer noch Gespräche mit der Firma Hessol wegen des Standorts "Am Martinszehnten" geführt. Eine höhere Zahl von Fahrzeugen würde die Wirtschaftlichkeit verbessern, deswegen werden bei der Beschaffung städtischer PKWs vorrangig Erdgasfahrzeuge beschafft. In Frankfurt sind insgesamt 803 CNG-Fahrzeuge angemeldet, damit liegt FFM auf Platz 5 der deutschen Städte. Durch Förderprogramme und Informations-veranstaltungen soll diese Zahl weiter erhöht werden.	B 607
24.04.2008	§ 3849	Ökostrom im ÖPNV	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der FAG vom 04.03.2008, NR 801	§ 3849
	NR 801	Der Magistrat soll berichten	Antrag: NR 801
		<ul> <li>welcher Anteil des für die U- und Straßenbahnen verwendeten Stroms Ökostrom ist,</li> </ul>	
		<ul> <li>wie der Strom für U- und Straßenbahnen vollständig auf Ökostrom umgestellt werden könnte,</li> </ul>	
		welche Mehrkosten dadurch entstehen würden	
		<ul> <li>und wie dies ohne Fahrpreiserhöhung finanziert werden könnte.</li> </ul>	
28.07.2008	B 473	(Beschluss § 4302 vom 28.08.2008)	Bericht:
		Wegen der aus Kostengründen erfolgten vertraglichen Bindung ist ein vollständiger Bezug von Ökostrom erst zum 01.02.2011 möglich. Danach kann jede Menge, auch eine 100%ige Beschaffung von Ökostrom realisiert werden Ohne zusätzliche finanzielle Belastungen ist die vollständige Umstellung auf Ökostrom nicht realisierbar. Eine Erhöhung der Fahrpreise müsste vom RMV verbundweit beschlossen werden.	B 473

02.01.2009	§ 5502	Transportsystem für den städtischen Lieferverkehr	Beschluss:
	beruht auf: E 116	(City-Logistik)	§ 5502
		Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2009, § 5502, dokumentiert.	Etatantrag: E 116
		"Der Magistrat gibt eine Machbarkeitsstudie für ein orga- nisiertes städtisches Liefersystem für den Güterverkehr (City-Logistik) in Auftrag. Die entsprechenden Mittel dafür werden in den Haushalt eingestellt."	
07.05.2009	§ 5885	Elektromobilität	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der CDU vom 31.03.2009, NR 1341	§ 5885
	NR 1341	Der Magistrat soll zusammen mit der Wirtschaftsförderung Gespräche mit Automobilherstellern aufnehmen, um Frankfurt am Main zu einem Testfeld für die Elektromobilität zu machen. Mit Herstellern soll ein Konzept erarbeitet werden, um diese Technologie auch in Frankfurt nutzbar zu machen. Der Energiebedarf der Elektrofahrzeuge in Frankfurt soll ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept mit Energieversorgern zu erarbeiten und zu berichten, wo eine Ladestationen-Infrastruktur geschaffen werden kann, die nur aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Der Magistrat soll versuchen, an einem bereits initiierten Flottenversuch teilzunehmen. Kooperationspartner bei den Energieversorgern und die Landesfachschule des Kfz-Gewerbes Hessen sollten in die Fahrzeugerprobung einbezogen werden. Dabei sollte auch untersucht werden, wie die Aufladung zum Ausgleich fluktuierender Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen genutzt werden kann. Der Magistrat möge prüfen und berichten, ob hierfür eine Förderung des Bundes im Rahmen des "Nationalen Entwicklungsplanes Elektromobilität" in Betracht kommt.	Antrag: NR 1341
03.08.2009	B 638	(Beschluss § 6642 vom 10.09.2009)	Bericht:
		"Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat im Zuge der Vorbereitung des Projekts ZEBRA (Zero Emission Best Practice Rhein Main Area / Modellregion Elektro- mobilität) zu zahlreichen Automobilherstellern und Un- ternehmen der Energiebranche Kontakt aufgenommen.	B 638
		[] Der derzeit von smart in London durchgeführte Feldversuch wäre grundsätzlich auch in Frankfurt am Main möglich. Die Wirtschaftsförderung ist hierzu im Gespräch mit smart. []	
		[] Im Rahmen der Beteiligung am Projekt ZEBRA be- absichtigt der Magistrat, insbesondere Technologien und Anwendungsmöglichkeiten der Elektromobilität gemein- sam mit Partnern aus der Wirtschaft zu erproben und zu untersuchen. []"	

04.12.2009	B 981	(Beschluss § 7584 vom 19.01.2010) "Die Stadt Frankfurt hat für ihre Beteiligung im Rahmen der Modellregion folgende Leit-Projekte vorgesehen:  1) Pilotprojekt zum Aufbau einer Lade-Infrastruktur  2) Test der Alltagstauglichkeit von Elektrofahrzeugen durch verschiedene Mobilitätsnutzergruppen  []  Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine direkte finanzielle Beteiligung der Stadt Frankfurt vorgesehen. Die Co-Finanzierung der Projekte erfolgt jeweils durch die beantragenden Unternehmen.  Der Magistrat hat ferner seine Absicht bekundet, am europäischen Gemeinschaftsprojekt URBACT II mitzuarbeiten. []"	Bericht: B 981
16.09.2011	В 384	<ul> <li>(Beschluss § 735 vom 01.11.2011)</li> <li>→ Anlage: Strategiepapier "E-Mobilität im Jahr 2025 in Frankfurt am Main"</li> <li>→ Beschaffungsinitiative zur Nutzung von Elektrofahrzeugen in der Stadtverwaltung"</li> </ul>	Bericht: B 384
08.09.2009	A 1051	Bewirbt sich Frankfurt für die Imagekampagne "Kopf an: Motor aus"?  1. Beteiligt sich die Stadt am Wettbewerb zur Teilnahme an der Imagekampagne 2010 "Kopf an: Motor aus - emissionsfreie Mobilität in Kommunen"?  2. Wenn ja, mit welcher Thematik? Wenn nein, weshalb nicht?	Anfrage: A 1051
30.10.2009	B 901	(Beschluss § 7234 vom 01.12.2009)  Kopf an - Motor aus  B 901 vom 30.10.2009 zu A 1051 "zu 1) Die Stadt Frankfurt am Main nimmt am Wettbewerb "Emissionsfreie Mobilität in Kommunen" teil.  zu 2) Gegenstand der Bewerbung im Rahmen der ersten Wettbewerbsstufe ist die Darstellung der breiten Aktivitäten des Magistrats zur Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs auf der Basis des Gesamtverkehrsplans."	Bericht: B 901
08.10.2009	§ 6898 beruht auf: NR 1540	Spritspartraining für städtische Mitarbeiter  Antrag der GRÜNEN vom 04.09.2009, NR 1540 "1. Der Magistrat wird beauftragt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Frankfurt, die eine Genehmigung zum Führen eines Dienstfahrzeugs haben, die Teilnahme an einem Training zum spritsparenden Fahren anzubieten.  2. Die Kosten für das "Spritsparfahrtraining" für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden aus den Fortbildungsbudgets der einzelnen städtischen Ämter getragen.	Beschluss: § 6898 Antrag: NR 1540

		3. Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob Sonderkonditionen für solche Kurse für die	
		Stadtverwaltung ausgehandelt werden können. Die Teilnahme zu diesen Sonderkonditionen soll auch allen übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Frankfurt am Main auf eigene Kosten und außerhalb der Dienstzeit eröffnet werden.	
		4. Der Magistrat wird beauftragt, die größten Fuhrpark- betreiber unter den städtischen Gesellschaften anzu- sprechen, um vergleichbare Angebote zu machen.	
		5. Der Magistrat wird aufgefordert, nach einem Jahr zu prüfen und zu berichten, wie viele städtische Mitarbeite- rinnen und Mitarbeiter und sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Gesellschaften das Trai- ningsangebot genutzt haben."	
11.01.2010	B 14	(Beschluss § 7647 vom 22.02.2010)	Bericht:
		"Zur Prüfung, ob für Spritsparkurse Sonderkonditionen für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgehandelt werden können, wurden mehrere Angebote bei unterschiedlichen Anbietern/Vereinigungen eingeholt. []"	B 14
23.05.2011	B 245	(Beschluss § 471 vom 22.08.2011)	Bericht:
		"Seit Frühjahr 2010 wird gem. des o. g. Beschlusses den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, die eine Genehmigung zum Führen eines Dienstfahrzeugs haben, im Rahmen des zentralen Qualifizierungsangebots die Teilnahme an einem "Spritspar-Training" angeboten. Kooperationspartner ist der ADAC Hessen-Thüringen e.V., die Kosten für den 4-stündigen Kurs betragen 75,- € pro Person plus MwSt. Seit der Veröffentlichung des zentralen Angebots im Mai	B 245
		2010 haben sich bereits 2 Interessenten gemeldet. []"	
11.11.2009	A 1097	Entwicklung des Stromverbrauchs der VGF Wie hoch war der Stromverbrauch für den von der VGF betriebenen Schienenverkehr (U-Bahn, Straßenbahn) jeweils in den vergangenen 10 Jahren? Wie hoch war der Stromverbrauch jeweils pro Zugkilometer?	Anfrage: A 1097
12.02.2010	B 93	(Beschluss § 7784 vom 16.03.2010)	Bericht:
		Verbrauchsangaben liegen dem Magistrat nur für die Jahre 20032008 vor.	B 93
		Die Entwicklung des Bahnstromverbrauches dokumentiert die Tabelle im Bericht.	
12.11.2009	§ 7112	Kostenloses Parken für Elektro- und Hybridfahrzeuge	Beschluss: § 7112
	beruht auf: NR 1559	Antrag der FAG vom 22.09.2009, NR 1559	Antrag:
		Der Magistrat wird angehalten, die Ermöglichung von kostenlosen Parkplätzen für Elektro- und Hybridfahrzeuge auf öffentlichen gebührenpflichtigen Parkplätzen zu ermöglichen.	NR 1559

05.03.2010	B 157	(Beschluss § 7945 vom 20.04.2010)  Die Parkgebühren können nicht erlassen werden, da diese nicht zwischen Antriebsarten unterscheiden, sondern lediglich die Nutzung der öffentlichen Straßen zum Anlass nehmen.	Bericht: B 157
01.12.2009	§ 7168 beruht auf: NR 1628	Ökostrom für den Frankfurter ÖPNV  Antrag der LINKE. vom 10.11.2009, NR 1628  Der Magistrat möge veranlassen, dass der Strom für den schienengebundenen ÖPNV der VGF schnellstmöglich von der Mainova als Ökostrom geliefert wird.	Beschluss: § 7168 Antrag: NR 1628
19.03.2010	B 189	(Beschluss § 7950 vom 20.04.2010) "Aufgrund der steigenden Kosten für den Energieverbrauch der Frankfurter Bahnen (Straßen- und Stadtbahn) hat die VGF über die Mainova den voraussichtlichen Strombedarf in Höhe von ca. 140 Mio. kWh/a bis zum 31.12.2012 an der Strombörse in Leipzig verbindlich eingekauft. Die Einsparungen durch diese Maßnahme betragen rd. 2,1 Mio. Euro p.a. Der prozentuale Anteil des für die Bahnen CO2-frei erzeugten Stroms wird durch die Stromdeklaration der Mainova AG bestimmt, wonach der Anteil an erneuerbaren Energien für 2009 bei rund 25 % liegt. []"	Bericht: B 189
07.05.2010	B 288	(Beschluss § 8276 vom 22.06.2010) "[] Durch den Bahnstrombezug aus erneuerbaren Energien erhöhen sich die Stromkosten der VGF um jährlich etwa 600.000 Euro; von denen allerdings ein großer Teil -rund 350.000 Euro jährlich- in beispielsweise die Errichtung von Photovoltaikanlagen und somit wieder in erneuerbare Energiequellen investiert werden soll. Zudem werden jährlich 54.000 Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids erst gar nicht freigesetzt."	Bericht: B 288
19.01.2010	<b>§ 7376</b> beruht auf: A 1009	Planungsstand E-Mobilität transparent machen B 913 antwortet auf A 1009  → Siehe B 638 vom 03.08.2009 Ziffer 3 zu A 1009	Beschluss: § 7376 Anfrage: A 1009
03.08.2009	B 638	(Beschluss § 6642 vom 10.09.2009)  "Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat im Zuge der Vorbereitung des Projekts ZEBRA (Zero Emission Best Practice Rhein Main Area / Modellregion Elektromobilität) zu zahlreichen Automobilherstellern und Unternehmen der Energiebranche Kontakt aufgenommen.  [] Der derzeit von smart in London durchgeführte Feldversuch wäre grundsätzlich auch in Frankfurt am Main möglich. Die Wirtschaftsförderung ist hierzu im Gespräch mit smart. []  [] Im Rahmen der Beteiligung am Projekt ZEBRA beabsichtigt der Magistrat, insbesondere Technologien und Anwendungsmöglichkeiten der Elektromobilität gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft zu erproben und zu untersuchen. []"	Bericht: B 638

30.09.2010	§ 8804 beruht auf: NR 1977	E-Mobilität, Kleinbusse  Antrag der CDU vom 30.08.2010, NR 1977  Der Magistrat soll prüfen und berichten, ob in Frankfurt der Einsatz von kleinen Elektrobussen möglich ist.	Beschluss: § 8804 Antrag: NR 1977
10.01.2011	B 4	(Beschluss § 9442 von 2011)  Der Einsatz von Elektrobussen ist im Moment noch nicht möglich. Stattdessen ist durch den Einsatz von Hybridbussen eine alternative Antriebsform angewandt. []	Bericht: B 4
01.11.2011	§ 750 beruht auf: OA 80	Bikesharing  Anregung des OBR 3 vom 15.09.2011, OA 80  Der Magistrat soll ein Konzept vorlegen.  OA 80 im vereinfachten Verfahren erledigt.	Beschluss: § 750 Anfrage: OA 80
09.01.2012	ST 68	(Beschluss § 750 vom 10.11.2011)  Der Magistrat führt im Bereich "Bikesharing" Gespräche auf Arbeitsebene, er wird berichten, sobald es neue Vorhaben gibt.	Stellungnahme: ST 68
02.02.2012	§1074 beruht auf: OA 111	E-Mobilität im Nordend  Anregung des OBR 3 vom 01.12.2011, OA 111  Wird im vereinfachten Verfahren erledigt.	Beschluss: § 1074 Anfrage: OA 111
10.04.2012	ST 531	Stellungnahme des Magistrats  Reduzierung des Themas auf einzelne Stadtteile ist nicht ratsam.	Stellungnahme: S 531
11.10.2012	§ 2220 beruht auf: M 195	"Schaufensterregion Elektromobilität"  Vortrag des Magistrats vom 10.09.2012, M 195  Geldmittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden für das Projekt "Schaufensterregion Elektromobilität" verwendet.	Beschluss: § 2220 Vortrag: M 195
12.09.2013	§ 3653 beruht auf: NR 660	Kulturcampus Bockenheim  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 16.07.2013, NR 660  Der Campus soll im Innern weitgehend frei von Autoverkehr sein und insgesamt ein klimafreundliches Quartier werden.	Beschluss: § 3653 Antrag: NR 660
20.11.2014	§ 5314 beruht auf: OA 566	Zentrale Schnellladestation für Elektroautos  Anregung des OBR 12 vom 10.10.2014, OA 566  "Der Magistrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob im Stadtgebiet und im Bereich Kalbach / Riedberg einige weitere Schnellladestationen für Elektroautos installiert werden können []."	Beschluss: § 5314 Anfrage: OA 566

20.02.2015	B 67	(Beschluss § 5815 vom 07.05.2015)  Der Magistrat berichtet, dass er in Kontakt mit Investoren steht, um weitere Schnellladensäulen zu errichten. Durch die hohen Investitionskosten gestaltet sich der Ausbau des Schnellladesäulen-Netzes jedoch als schwierig.	Bericht: B 67
24.07.2015	B 289	(Beschluss § 6217 vom 24.09.2015)  Mobilitätsstrategie  Statusbericht zu strategischen Zielen zukünftiger Mobilität.	Bericht: B 289
14.07.2016	§ 324 beruht auf: OA 21	Konzept für Elektromobilität  Anregung des OBR 8 vom 02.06.2016, OA 21  Die Vorlage OA 21 wird im vereinfachten Verfahren erledigt.  OA 21: "Der Magistrat wird beauftragt, für den Bereich der Nordweststadt ein Konzept für die Herstellung einer Ladestelleninfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität im Stadtteil zu erstellen."	Beschluss: § 324 Anfrage: OA 21
15.09.2016	§ 459 beruht auf: OA 31	Konzept für Elektromobilität  Anregung des OBR 16 vom 28.06.2016, OA 31  Die Vorlage OA 31 wird im vereinfachten Verfahren erledigt.  OA 31: "Der Magistrat wird beauftragt, für den Bereich der Nordweststadt ein Konzept für die Herstellung einer Ladestelleninfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität im Stadtteil zu erstellen."	Beschluss: § 459 Anfrage: OA 31
25.04.2017	<b>§ 1429</b> beruht auf: E 160	Lückenschluss der U-Bahn Bockenheim-Ginnheim auf der Trasse Europaturm  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2017, § 1429, dokumentiert.  "Der Magistrat wird beauftragt, für den Lückenschluss der U-Bahn zwischen Bockenheim und Ginnheim Planungsmittel für die Trasse Europaturm bereitzustellen."	Beschluss: § 1429 Etatantrag: E 160
26.04.2017	§ 1429 beruht auf: E 24	Klimaanpassung voranbringen - Plätze und Straßenzüge abkühlen  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2017, § 1429, dokumentiert.  "Für bauliche Maßnahmen zur Abkühlung, Entsiegelung und Begrünung von Plätzen und Straßenzügen als Klimaanpassungsmaßnahme wird im Investitionsprogramm im Produktbereich 16, Produktgruppe 16.03 ein entsprechendes neues Produkt "Klimaanpassung voranbringen - Plätze und Straßenzüge abkühlen" eingerichtet und mit 800.000 Euro ausgestattet. Die Priorisierung der in Absprache mit dem Umweltamt umzusetzen-	Beschluss: § 1429 Etatantrag: E 24

		den Maßnahmen folgt den Ergebnissen des Klima- planatlasses."	
29.06.2017	§ 1541 beruht auf: NR 314	<ul> <li>E-Taxis fördern</li> <li>Antrag der LINKE vom 27.04.2017, NR 314</li> <li>Die Vorlage NR 314 wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung mit Angabe der Kosten überwiesen.</li> <li>"Der Magistrat wird beauftragt,</li> <li>1. mit den Frankfurter Taxiunternehmen zusammenzuarbeiten, um die Taxiflotten auf elektrisch betriebene, barrierefreie Fahrzeuge umzustellen;</li> <li>2. Taxihalteplätze mit stadteigenen Ladevorrichtungen für Elektroautos auszustatten;</li> <li>3. den Strom an den Ladevorrichtungen aus erneuerbaren Energiequellen in einer Pilotphase entgeltfrei bereitzustellen."</li> </ul>	Beschluss: § 1541 Antrag: NR 314
28.09.2017	§ 1735 beruht auf: NR 387	Mehr Ladestationen für Elektromobilität  Antrag der LINKE vom 24.08.2017, NR 387  Die Vorlage NR 387 wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.  "Der Magistrat wird beauftragt, bei Neubauten und größeren Renovierungen immer auch Ladestationen für Elektromobilität zu errichten. Für private Bauträger werden Anreize zur Errichtung von Ladeinfrastruktur geschaffen."	Beschluss: § 1735 Antrag: NR 387
22.12.2017	B 435	(Beschluss § 2165 vom 01.02.2018) "Eine ausreichende Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge mit Elektroantrieb ist Voraussetzung, um einen nennenswerten Anteil der in Frankfurt am Main zugelassenen bzw. genutzten Fahrzeuge mit Elektroantrieb zu etablieren. Der Magistrat begrüßt und unterstützt daher den Ausbau der Ladeinfrastruktur in jeder Hinsicht. []"	Bericht: B 435
22.03.2018	§ 2475 beruht auf: NR 395	Städtische Elektromobilitätsinitiative Antrag der LINKE. vom 06.09.2017, NR 395 Der Magistrat wird beauftragt mehrere Maßnahmen zu ergreifen, die zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt beitragen.	Beschluss: § 2475 Antrag: NR 395
26.04.2018	§ 2646 beruht auf: OA 227	Beteiligung am Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"  Anregung des OBR 6 vom 20.02.2018, OA 227  "Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem die Stadt Frankfurt oder zumindest die westlichen Stadtteile Frankfurts beim Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr" oder ähnlichen Angeboten Anträge zur Förderung von Radverkehrsanlagen einreichen können."	Beschluss: § 2646 Anfrage: OA 227

## 1.4. Solarenergie

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
01.03.2007	§ 1491 beruht auf:	Solarstromanlagen auf städtischen Gebäuden fördern und ausbauen	Beschluss: § 1491
	NR 264	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 18.01.2007, NR 264	Antrag: NR 264
		Der Magistrat soll Dachflächen städtischer Gebäude Investoren für Solarstromanlagen zur Verfügung stellen.	
		Bei Neubauten und bei der Sanierung von Dächern ist die Möglichkeit zum Bau von Solarstromanlagen einzubeziehen. Wenn städtische Haushaltsmittel eingesetzt werden, haben Maßnahmen mit dem höchsten Nutzen-Kosten-Effekt Vorrang.	
		Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an der Kampagne "Solar lokal" der Deutschen Umwelthilfe.	
01.03.2007	§ 1525	Photovoltaikanlagen auf Dächern	Beschluss:
	beruht auf:	Anregung des OBR 1 vom 16.01.2007, OA 271	§ 1525
	OA 271	Der Magistrat soll berichten, inwieweit Dächer (insbesondere im Gallus) an Unternehmen vermietet werden können, die Flachdächer für PV-Anlagen nutzen möchten.	Anfrage: OA 271
28.02.2008	§ 3526 beruht auf:	Solarthermische Anlagen und Erdwärmepumpen in Sporthallen und Schwimmbädern	Beschluss: § 3526
	M 244	Vortrag des Magistrats vom 09.11.2007, M 244	Vortrag:
		Der Magistrat soll prüfen und berichten, in welchem Zeitraum und mit welchem Investitionsbedarf alle Sporthallen und Schwimmbäder mit solarthermischen Anlagen und mit Erdwärmepumpen ausgerüstet werden können. Zusatz: es soll auch die objektmäßige Zweckmäßigkeit überprüft werden.	M 244
09.05.2008	B 251	(Beschluss § 4070 vom 19.06.2008)	Bericht:
		"Der Magistrat ist bemüht, im Bereich sowohl der städtischen Sporthallen als auch der im Eigentum der Bäder-Betriebe Frankfurt GmbH befindlichen Schwimmbäder Beiträge zur Begrenzung der Energiekosten zu leisten." Für die städtischen Sporthallen und für die Schwimmbäder wird zunächst der Kosten- und Zeitrahmen einer entsprechenden Erhebung ermittelt.	B 251
01.09.2008	B 551	(Beschluss § 4922 / § 4070 vom 11.12.2008 / 19.06.2008)	Bericht: B 551
		"Im Rahmen seiner Bemühungen, im Bereich der städtischen Sporthallen Beiträge zur Begrenzung der Energiekosten zu leisten, hat der Magistrat weitere Schritte unternommen. []"	

h	1		
06.02.2009	B 87	(Beschluss § 5763 vom 07.05.2009) "Grundsätzlich beschränken sich Magistrat und Bäder-Betriebe Frankfurt GmbH (BBF) bei ihren Bemühungen um Begrenzung der Energiekosten im Bereich der städtischen Sporthallen und der Schwimmbäder nicht auf bestimmte Formen der Energieeinsparung und gewinnung, sondern streben jeweils eine ganzheitliche Betrachtung unter Einbeziehung aller Aspekte und Möglichkeiten an. []"	Bericht: B 87
10.08.2009	B 662	(Beschluss § 6808 vom 24.09.2009) "[] Die im Oktober 2008 in Auftrag gegebenen Energiekonzepte für das Sport- und Freizeitzentrum Kalbach und die Fabriksporthalle liegen jetzt vor. Im nächsten Schritt ist zu entscheiden, welche Maßnahmen auf der Grundlage dieser Konzepte durchgeführt werden. []"	Bericht: B 662
18.12.2009	B 1057	<ul> <li>(Beschluss § 7755 vom 11.03.2010)</li> <li>"In Übereinstimmung mit den Ausführungen im letzten Zwischenbericht vom 10.08.2009, B 662, wurden im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes und des Landes inzwischen folgende den Energieverbrauch beeinflussenden Maßnahmen in der Ballsporthalle realisiert:</li> <li>Modernisierung der Warmwasseraufbereitungsanlagen</li> <li>Energiesparbeleuchtung in Fluren und Umkleiden usw. []"</li> </ul>	Bericht: B 1057
25.06.2010	B 410	(Beschluss § 8675 vom 16.09.2010) "Neben den in den vorhergehenden Zwischenberichten - zuletzt B 1057 vom 18.12.2009 - aufgeführten, die Liegenschaften des Sportamtes betreffenden Maßnahmen können nun die für die Frankfurter Bäder vorgesehenen Maßnahmen darlegen. []"	Bericht: B 410
28.08.2008	§ 4412 beruht auf: NR 925	Bebauungskonzept Feuerbachstraße / Barckhausstraße  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 27.05.2008, NR 925  Der Magistrat soll mittels städtebaulicher Verträge vereinbaren, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 842 (Feuerbachstraße / Barckhausstraße) die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt wird.	Beschluss: § 4412 Antrag: NR 925
06.11.2008	§ 4819 beruht auf: M 106	Mainzer Landstraße 36  Vortrag des Magistrats vom 06.06.2008, M 106  Der Magistrat soll mit den Eigentümern der Liegenschaft Mainzer Landstraße 36 einen städtebaulichen Vertrag abschließen in dem vereinbart wird, dass die Warmwasserbereitung mit solarthermischen Anlagen unterstützt wird.	Beschluss: § 4819 Vortrag: M 106

07.05.2009	§ 5858	Dachflächenkataster für Frankfurt	Beschluss:
07.03.2009	beruht auf:	Antrag der SPD vom 18.02.2009, NR 1287	§ 5858
	NR 1287	Der Magistrat soll ein Dachkataster für die auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main befindlichen Liegenschaften erstellen, um das Potenzial für Solaranlagen auf Frankfurter Dächern zu berechnen. Die erforderliche Vermessung der Dachflächen wird innerhalb einer Befliegung des Stadtgebietes zur Erfassung geographischer und siedlungsbezogener Daten vorgenommen.	Antrag: NR 1287
29.04.2012	OF 392	Solarkataster für Frankfurt ist nun vorhanden – jetzt auch nutzen. Hausbesitzer können nun prüfen, ob ihre Gebäude für Photovoltaikanlagen geeignet sind.	Antrag: OF 392
21.09.2010	A 1296	Brandbekämpfung - Gefahr bei Photovoltaikanlagen Anfrage der Freien Wähler an den Magistrat, ob Photovoltaikanlagen im Brandfall ein Risiko darstellen.	Anfrage: A 1296
03.12.2010	B 739	(Beschluss § 9284 vom 27.01.2011) Beantwortung der Fragen des Antrages A 1296	Bericht: B 739
29.03.2012	§ 1391 beruht auf: B 121	Lärmschutzwände mit Solaranlagen bauen "[] Der Magistrat wird in Verhandlungen mit dem Land Hessen die Zulässigkeit der Ausstattung der Lärm- schutzwände mit Photovoltaikanlagen und deren Betrieb durch Dritte erörtern. Gleichzeitig wird die technische und logistische Realisierbarkeit des Vorhabens im Zuge des Planfeststellungsverfahrens für diese Maßnahme untersucht werden."	Beschluss: § 1391 Bericht: B 121
14.11.2014	B 430	(Beschluss § 5571 vom 26.02.2015)  Eine geplante Lärmschutzwand an der A661 wird daraufhin untersucht werden, ob die Installation einer angeschlossenen Photovoltaikanlage sinnvoll ist. Dritte müssten jedoch das Bau- und Betriebsrisiko übernehmen.	Bericht: B 430
20.11.2014	§ <b>5210</b> beruht auf: NR 1029	Fotovoltaik II  Antrag der RÖMER vom 06.10.2014, NR 1029  Der Magistrat soll prüfen, auf welchen städtischen Dächern noch Potenzial für Photovoltaikanlagen besteht.	Beschluss: § 5210 Antrag: NR 1029
20.02.2015	B 71	(Beschluss § 5817 vom 07.05.2015) "Die Abteilung Energiemanagement im Hochbauamt hat in den letzten Jahren zahlreiche städtische Liegenschaften auf ihre Eignung für Photovoltaikanlagen hin untersucht. Das Ergebnis ist in der beigefügten Liste "Eignung ausgewählter städtischer Dachflächen für Photovoltaikanlagen" zusammengefasst. []"	Bericht: B 71

<b>26.03.2015</b> 07.12.2015	§ 5765 beruht auf: NR 1114	Potenzial für Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen auf städtischen Gebäuden  Antrag der RÖMER vom 19.01.2015, NR 1114  Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wo noch Potenzial für Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf städtischen Gebäuden besteht.  (Beschluss § 6683 vom 28.01.2016)  Eine Liste an städtischen Gesellschaften, die PV-Anlagen haben, bekommen sollen und keine vorgesehen sind.	Beschluss: § 5765 Antrag: NR 1336 Bericht: B 434
28.01.2016	§ 6731 Beruht auf: NR 1336	<ul> <li>Masterplan zur Energiewende</li> <li>Antrag der AGP vom 15.12.2015, NR 1336</li> <li>Der Magistrat möge zur Erfüllung des Masterplans zur Energiewende in Frankfurt folgende Maßnahmen beschließen:</li> <li>1. Errichten von Photovoltaikanlagen auf dem Monte Scherbelino sowie auf den Dächern der Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften und vor allem den Flachdächern;</li> <li>2. zeitgleich Errichten einer Elektrolyseanlage zur Gewinnung von Wasserstoff. Diese sollte vorzugsweise im Bereich des Monte Scherbelino platziert werden;</li> <li>3. mit Wasserstoff angetriebene Stadtbusse anschaffen, um in Frankfurt die bestehenden nicht mehr zeitgemäßen Fahrzeuge aus dem Verkehr zu nehmen. []"</li> </ul>	Beschluss: § 6731 Antrag: NR 1336
29.04.2016	B 121	(Beschluss § 303 vom 14.07.2016)  Bezug zu den drei beschlossenen Maßnahmen die bei § 6731 genannt werden.	Bericht: B 121
01.03.2018	<b>§ 2365</b> beruht auf: NR 429 u. 495	Fotovoltaik statt Kohle – Kohle für den Kohleausstieg  Antrag der FRANKFURTER vom 22.10.2017, NR 429 Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜ-NEN vom 25.01.2018, NR 495 "Fotovoltaikpotenziale in Frankfurt – mehr Tempo und neue Impulse bei der Nutzung der städtischen Dachflächen […]"	Beschluss: § 2354 Antrag: NR 429 Antrag: NR 495
16.03.2018	§ 2600 beruht auf: E 45	Förderung Fotovoltaik auf Privatgebäuden  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2018, § 2600, dokumentiert.  "Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, mit welchen Maßnahmen die Nutzung von Privatdächern für Photovoltaik durch Werbung, Beratung und Förderung beschleunigt und gesteigert werden kann und welche sächlichen und personellen Mittel dafür erforderlich sind."	Beschluss: § 2600 Etatantrag: E 45

28.02.2019	§ 3760 beruht auf: NR 745	Kommunaler Klimaschutz konkret: Solaranlagen für Neubauten Antrag der LINKE. vom 24.01.2019, NR 745 Die Vorlage NR 745 wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.	Beschluss: § 3760 Antrag: NR 745
27.06.2019	§ 4170 beruht auf: NR 745	Kommunaler Klimaschutz konkret: Solaranlagen für Neubauten  Antrag der LINKE. vom 24.01.2019, NR 745  Der Magistrat wird aufgefordert, den Bericht zur Vorlage NR 745 spätestens in zwei Monaten vorzulegen. (Ermächtigung gemäß § 12 GOS)	Beschluss: § 4170 Antrag: NR 745
07.11.2019	<b>§ 4746</b> beruht auf: NR 745	Kommunaler Klimaschutz konkret: Solaranlagen für Neubauten  Antrag der LINKE. vom 24.01.2019, NR 745  Der Magistrat wird aufgefordert, den Bericht zur Vorlage NR 745 spätestens in drei Monaten vorzulegen. (Ermächtigung gemäß § 12 GOS)	Beschluss: § 4746 Antrag: NR 745

## 1.5. Stromerzeugung und Effizienz

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
31.01.2008	§ 3393 beruht auf: NR 737	Raumordnungsverfahren zum Kraftwerk Staudinger Antrag der LINKE. gem. § 17 (3) GOS vom 23.01.2008, NR 737  Der Magistrat soll im Raumordnungsverfahren zum geplanten Blockneubau des Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg Einwendungen und Stellungnahmen zu den Auswirkungen auf Frankfurt abgeben.  Die Stadt Frankfurt setzt sich über den Deutschen Städtebund bei der Bundesregierung dafür ein, dass neue thermische Kraftwerke als Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung geplant werden.	Beschluss: § 3393 Antrag: NR 737
11.04.2008	B 194	(Beschluss § 3919 vom 29.05.2008)  Der Magistrat hat mögliche Auswirkungen auf das Frankfurter Stadtgebiet geprüft und die Einwendungen in seiner Stellungnahme dargelegt. []	Bericht: B 194
18.03.2008	§ 3655 beruht auf: NR 585	Sozialtarif für Strom  Antrag der LINKE. vom 30.08.2007, NR 585  1. Der Magistrat soll prüfen, ob ein Anreizprogramm zum Energiesparen für einkommensschwache Frankfurter Haushalte möglich ist. Die finanziellen Vorteile sollen zu 50% bei den Haushalten bleiben und zu 50% zum Energie- und Wassersparen verwendet werden.  2. Im Rahmen der Werbung für den Mainova Strom Direkt-Tarif bei Haushalten mit niedrigem Einkommen soll auf die Möglichkeit der Energieberatung, insbesondere den "Cariteam-Energiesparservice", hingewiesen werden.  3. Der Magistrat soll prüfen, ob zusätzlich Anreize zur Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten und Verbrauchsmitteln geschaffen werden können (z.B. über das Sekond-Hand-Warenhaus der Werkstatt Frankfurt).  4. Der Magistrat soll über die Ergebnisse seiner Energieberatung (insbesondere "Cariteam-Energiesparservice") und Verbesserungspotentiale berichten, sodass die Beratung kontinuierlich verbessert werden kann.	Beschluss: § 3655 Antrag: NR 585

t	1		
13.10.2008	B 644	(Beschluss § 5126 vom 29.01.2009)	Bericht:
		zu 1: Der Magistrat berichtet über die Teilnahme an einer Sondierungsstudie und die Absicht, an einem Forschungsprojekt zu dem o.g. Thema teilzunehmen. Des Weiteren werden Hindernisse und Möglichkeiten zur Entwicklung eines solchen Anreizprogramms genannt.	B 644
		zu 3. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ist ein Angebot von energiesparenden Haushaltsgeräten über das Second-Hand-Warenhaus der Werkstatt Frankfurt problematisch. Eine Alternative wäre eine nachträgliche Subventionierung sparsamer Geräte. Es wird auf das Förderprogramm "Frankfurt spart Strom" hingewiesen.	
		zu 4: Der Cariteam Energiesparservice wird beschrie- ben, die Entstehung wird dargestellt, die Weiterentwick- lung, Ergebnisse und Ziel werden erläutert. Preise für das Projekt und die Schritte zur bundesweiten Verbrei- tung werden genannt.	
24.04.2008	§ 3842	LED in Lichtsignalanlagen	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 28.02.2008, NR 793	§ 3843
	NR 793	Der Magistrat soll über den Stand der Umrüstung von Ampeln mit Glühlampen auf LED-Technik berichten.	Antrag: NR 793
07.07.2008	B 414	(Beschluss § 4293 vom 28.08.2008)	Bericht:
		Bericht des Magistrats: Bis zum Jahr 2013 werden ca. 400 Anlagen mit LED-Signalgebern ausgestattet sein. Ziel ist es, an allen vorhandenen LSA der Stadt Frankfurt die OCIT-LED-Technik einzusetzen.	B 414
19.08.2009	A 1018	(Beschluss § 7743 vom 25.03.2010)	Antrag:
		Effizient Energie Sparen-Licht & Beleuchtung	A 1018
		Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
		Was kostet die Zusatzbeleuchtung (bitte auflisten nach Museumsbeleuchtung, Mainufer und Brücken- beleuchtung) innerhalb der Innenstadt?	
		Für welche Zusatzbeleuchtung kommt die Stadt als Kostenträger auf? Wie schätzt der Magistrat den Energieverbrauch ein?	
		Wie viele Stunden bzw. bis zu welcher Uhrzeit sind die Objekte beleuchtet?	
		4. Könnte die Stadt Frankfurt nicht auch durch Umrüsten auf LED-Lampen Geld und Energie sparen? Wie hoch wäre hier die Einsparung beim Energieverbrauch und bezüglich der Kosten?	
		5. Sieht die Stadt eine Möglichkeit auf Firmen einzuwir- ken, nachts eine weniger aufwendige, energieeffizi- entere Hochhausbeleuchtung zu installieren?	

20.11.2009	B 953	(Beschluss § 7743 vom 08.02.2010)	Bericht: B 953
40.00.0040	D 400	Beantwortung der Fragen aus dem Antrag A 1018	Devialet
19.03.2010	B 183	(Beschluss § 7949 vom 20.04.2010) "Der Magistrat hat sich mit der Mainova AG (Mainova Service Dienste), der SÜWAG Energie AG und der Yello Strom GmbH in Verbindung gesetzt, um sich für eine Umrüstung auf "intelligente" Stromzähler einzusetzen und den Sachstand zu erfahren. []"	Bericht: B 183
10.09.2009	§ 6651 beruht auf: NR 1358	Regionaler Flächennutzungsplan - Flächen für Windkraftanlagen  Antrag der SPD vom 22.04.2009, NR 1358  Der Magistrat wird gebeten, im Falle einer Baugenehmigung für Windkraftanlagen, den Schutz der anliegenden Bevölkerung zu beachten und eine mögliche Ausgleichsleistung zu finden.	Beschluss: § 6651 Antrag: NR 1358
27.10.2009	OA 1012	(Beschluss § 7243 vom 30.11.2009)	Anfrage:
		"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:	OA 1012
		Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob Meldungen zutreffen, dass die Bundeswehr Einspruch gegen geplante Windkraftanlagen eingelegt hat, weil die Rotoren der Windkraftanlagen einen Radarschatten erzeugen, der die Sicherheit von Flügen beeinträchtigt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die bisher reservierte Fläche für Windkraftanlagen auf der Gemarkung Bergen-Enkheim und dem Berger Rücken nicht schon deshalb aufgegeben werden muss, weil diese im Bereich von stark beflogenen zivilen An- und Abflugrouten liegt. []"	
18.02.2010	ST 351	Die Vorranggebiete für Windenergienutzung werden aus dem Flächennutzungsplan ausgeklammert, die Windkraftnutzung soll in einem eigenen Teilplan behandelt werden. Wann dieser Teilplan aufgestellt wird, ist noch nicht absehbar.	Stellungnahme: ST 351
10.09.2009	§ 6651	Windvorranggebiet Berger Hang	Beschluss:
	beruht auf: NR 1517	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 26.08.2009, NR 1517	§ 6651 Antrag:
		Der Magistrat wird gebeten, im Falle einer Baugenehmigung für Windkraftanlagen am Berger Hang, den Schutz der anliegenden Bevölkerung zu beachten und eine mögliche Ausgleichsleistung zu finden.	NR 1517
18.11.2009	ST 1604	Es werden keine Bedenken gegen eine Windenergienutzung in Bergen-Enkheim geäußert.	Stellungnahme: ST 1604
05.08.2011	A 23	Windkraft auf dem Berger Rücken: Sinnvoller Teil der Energiewende oder grünes Prestigeprojekt?	Anfrage: A 23
04.11.2011	B 441	(Beschluss § 1046 vom 19.01.2012)	Bericht:
		Beantwortung der Fragen vom Antrag A 23	B 441

24.09.2009	§ 6743	Neue Energie für Frankfurt Wasserkraft	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der SPD vom 02.09.2009, NR 1538	§ 6743
	NR 1538	Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass an Mainstellen mit ausreichender Fließgeschwindigkeit kleine Wasserkraftwerke von der Mainova betrieben werden und soll berichten, welche Leistung entstehen wird. Außerdem gilt es zu prüfen, ob sich noch andere Gewässer im Stadtgebiet für die Energieerzeugung eignen. Es soll geprüft werden, wie hoch die eigene Stromproduktion der Mainova ist.	Antrag: NR 1538
30.11.2009	B 977	(Beschluss § 7581 vom 11.02.2010)	Bericht:
		Die Nutzung des Mains durch Mini-Ponton-Wasserwerke würde zu einer eingeschränkten Nutzung des Mains für den Schiffverkehr, auch den von Sportbooten bedeuten, weiterhin hat die Studie eines der Hersteller solcher Bojen ergeben, dass die Nutzung des Mains für derlei Zwecke unwirtschaftlich ist.	B 977
12.11.2009	§ 7106	Intelligente Stromzähler	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 09.09.2009, NR 1551	§ 7106
	NR 1551	Der Magistrat möge mit der Mainova AG, Süwag und anderen großen Stromversorgern im Stadtgebiet eine Umrüstung auf "intelligente Stromzähler" anstoßen.	Antrag: NR 1551
19.03.2010	B 183	(Beschluss § 7949 vom 20.04.2010)	Bericht:
		"Der Magistrat hat sich mit der Mainova AG (Mainova Service Dienste), der SÜWAG Energie AG und der Yello Strom GmbH in Verbindung gesetzt, um sich für eine Umrüstung auf "intelligente" Stromzähler einzusetzen und den Sachstand zu erfahren. []"	B 183
26.11.2009	§ 7248	ESL - Gefahr für Umwelt und Gesundheit?	Beschluss:
	beruht auf:	Anfrage der FDP vom 25.08.2009, A 1035	§ 7248
	A 1035	Der Magistrat wird aufgefordert, zur Vorlage A 1035 zu berichten.	Anfrage: A 1035
01.03.2010	B 131	(Beschluss § 8074 vom 11.05.2010)	Bericht:
		Beantwortung der Fragen von A 1035	B 131
21.05.2010	B 338	(Beschluss § 8471 vom 19.08.2010)	Bericht:
		Beantwortet neue Anfrage und verweist auf B 131	B 338
11.02.2010	§ 7582	Wasserkraftwerke	Beschluss:
	beruht auf:	B 978 antwortet auf A 1077 und berichtet über die Stau-	§ 7582
	B 978	stufen in Griesheim, die Nutzung der Nidda im Mittelalter und die Nachforschungen der SEF, die prüft, ob im Zuge der Renaturierung das Einbauen von Wasserkraftanla- gen sinnvoll ist.	Bericht: B 978

27.05.2010	§ 8197 beruht auf: NR 1827	Beteiligung Frankfurts an Earth Hour 2011  Antrag der GRÜNEN vom 22.04.2010, NR 1827  Der Magistrat soll sich 2011 an der "Earth Hour" von WWF beteiligen und auch Unternehmen, Institutionen und Bürger dafür gewinnen.	Beschluss: § 8197 Antrag: NR 1827
14.04.2011	§ 7 beruht auf: A 2	Allessa Braunkohlestaubkraftwerk  Anfrage der SPD gem. § 18 (3) GOS vom 06.04.2011, A  2  Es wird nachgefragt (A2), warum die Pläne zum Allessa Braunkohlestaubkraftwerk erst nach der Wahl bekannt wurden. Es wird darum gebeten, zu berichten, wann die Pläne der Dezernentin bekannt waren, welche Ämter noch eingebunden waren und wie der Magistrat zu dem Verhalten steht.	Beschluss: § 7 Anfrage: A 2
27.05.2011	B 267	(Beschluss § 428 vom 11.08.2011) Beantwortung der Fragen aus der Anfrage A2.	Bericht: B 267
27.05.2011	B 263	(Beschluss § 588 vom 19.09.2011) Beantwortung der Fragen zu dem Braunkohlekraftwerk.	Bericht: B 263
10.11.2011	§ 824 beruht auf: NR 86	Stromerzeugung an der Nidda Antrag der SPD vom 07.09.2011, NR 86 Der Magistrat soll berichten, welche Strommenge an den Nidda-Wehren erzeugt wird und soll prüfen, inwieweit man diese Nutzung wirtschaftlich ausweiten kann.	Beschluss: § 824 Antrag: NR 86
10.02.2012	B 73	(Beschluss § 1627 vom 03.05.2012)  Der Magistrat wird aufgefordert, unter Gewährleistung des Fischschutzes zu prüfen und zu berichten, ob die SEF oder eine andere Instanz mit städtischem Hintergrund eine Stromerzeugung an den Wehren in Rödelheim und Eschersheim ermöglichen kann. Außerdem soll überprüft werden, ob dies privat ohne Pachtvertrag auch möglich ist.	Bericht: B 73
16.07.2012	B 316	(Beschluss § 2106 vom 11.10.2012)  Da in naher Zukunft beide Wehre ohnehin saniert werden müssen, könnte dann eine wirtschaftliche Installation von Wasserkraftwerken möglich sein.	Bericht: B 316
10.11.2011	§ 837 beruht auf: NR 109	Umsetzung der Energiewende: Nutzung von Biomasse und Biogas  Antrag der CDU vom 28.09.2011, NR 109  Der Magistrat ist zur Überprüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen in Frankfurt am Main für die Nutzung von Biomasse und Biogas zur Energiegewinnung angehalten.	Beschluss: § 837 Antrag: NR 109

27.01.2012	B 49	(Beschluss § 1476 vom 29.03.2012) "Ein wichtiger Baustein des Frankfurter Energie- und Klimaschutzkonzeptes ist die energetische Nutzung von Biomasse. Vorteile sind insbesondere die Speicherbarkeit von Biomasse, die vielfältigen Verwendungs- und Einsatzformen (fest, flüssig, gasförmig) und die verschiedenen Gewinnungsweisen (Abfälle, Anbaubiomasse). Da die energetisch genutzte Biomasse jedoch der direkten oder indirekten Nutzung von Nahrungsmitteloder Futterpflanzen bzw. der Forstwirtschaft entspringt, ergeben sich Konkurrenzen und Auswirkungen auf den Naturschutz sowie die Land- und Forstwirtschaft. Aus diesem Grund wurde in den vergangenen Jahren eine intensive Diskussion von Fachverbänden der Bioenergie und der Umweltverbände auf nationaler und internationaler Ebene geführt. []"	Bericht: B 49
<b>15.12.2011</b> 05.03.2012	§ 988 beruht auf: NR 122	Biomasse in Kohlekraftwerken  Antrag der SPD vom 26.10.2011, NR 122  Der Magistrat wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die den Anteil von Biomasse in Kohlekraftwerken, auf die er direkten Einfluss hat, zu erhöhen. Der Magistrat soll über sein Vorgehen berichten.  (Beschluss § 1644 vom 15.05.2012)  "[] Im HKW West in der Gutleutstraße werden aktuell durchschnittlich ca. 400.000 Tonnen Steinkohle im Jahr verbrannt. Daher wurde bereits im Jahr 2008 unter Einbindung des Energiereferates der Stadt Frankfurt am Main die Mitverbrennung von Holzpellets in den Kohleblöcken des Standortes untersucht. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass eine einfache Beimischung der Pellets in den Förderstrom der Kohle nicht möglich ist. Der Biomassebrennstoff würde sich bereits in den Kohlemühlen entzünden und somit zu erheblichen Sicherheitsrisiken	Beschluss: § 988 Antrag: NR 122 Bericht: B 104
<b>06.09.2012</b> 14.01.2013	§ 2030 beruht auf: NR 340	Klärschlamm energetisch nutzen  Antrag der SPD vom 27.06.2012, NR 340  Der Magistrat soll ein Konzept zur energetischen Nutzung des Klärschlamms aus Sindlingen und Niederrad – z.B. durch die Biogasproduktion – erstellen.  (Beschluss § 2991 vom 25.04.2013)  Schon seit 1981 wird der Klärschlamm in der Schlammentwässerungs- und Verbrennungsanlage (SEVA) behandelt. Das neue Konzept sieht eine Kombination aus Klärschlammfaulung und Klärschlammtrocknung mit Monoverbrennung vor. Bei diesem Verfahren werden	Beschluss: § 2030 Antrag: NR 340 Bericht: B 28

40.40.0040	5.0400	Fare according to FFRA	D. C. I.I.
13.12.2012	§ 2499 beruht auf: NR 451	Erneuerbare in FFM nutzen - Windkraft  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 08.11.2012, NR 451  Der Magistrat wird gebeten, mögliche Standorte für Windkraftanlagen auf städtischen bzw. stadtnahen Grundstücken auszuweisen. Dabei soll Rücksicht auf die Interessen der Bürger, die Landwirtschaft und den Naturschutz genommen werden. Ein Teil der Einnahmen soll im Rahmen von Investitionen oder Projekten an die betroffenen Stadtteile zurückfließen.	Beschluss: § 2499 Antrag: NR 451
04.03.2013	B 118	(Beschluss § 3122 vom 06.06.2013)  Für das Frankfurter Stadtgebiet kommt der Regionalverband zu dem Ergebnis, dass an zwei Standorten ein Potenzial zur Nutzung der Windenergie vorhanden ist. Dabei handelt es sich um eine Fläche nord-östlich von Bergen-Enkheim sowie eine Fläche nördlich von Nieder-Erlenbach.  Parallel zu den Bauarbeiten, welche voraussichtlich ab Sommer 2013 stattfinden, wird ein Bürgerbeteiligungsmodell erarbeitet und vorgestellt. Unter der Voraussetzung eines reibungslosen Projektverlaufes ist mit einer Inbetriebnahme des Windparks Nieder-Erlenbach Ende 2013 zu rechnen.	Bericht: B 118
30.09.2013	B 473	(Beschluss § 3933 vom 12.12.2013)  Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung und die Deutsche Flugsicherung teilen mit, dass die geplanten Standorte für Windkraftanlagen nicht genutzt werden können, da die Windenergieanlagen den Flugverkehr in Frankfurt durch Störungen der Funksignale beeinträchtigen könnten.	Bericht: B 473
28.02.2013	§ 2804 beruht auf: NR 454 u. 510	Digitale Infrastruktur energie- und flächeneffizient ausbauen  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 08.11.2012, NR 454  Antrag der FDP vom 30.01.2013, NR 510  Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit Unternehmen der digitalen Branche zu erarbeiten, inwiefern die Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts im Bereich der digitalen Infrastruktur verbessert werden kann und dabei gleichzeitig eine Minimierung des Energie- und Flächenverbrauchs für digitale Infrastruktur möglich ist.	Beschluss: § 2804 Antrag: NR 454 Antrag: NR 510
07.10.2013	B 492	Besonders auch in Bezug auf die Energieverbrauchssenkung sieht sich die Stadt Frankfurt in der Pflicht, die Rechenzentrumsbetreiber zu unterstützen, um eine Abwanderung des Gewerbes in Länder mit niedrigeren Stromkosten zu verhindern.	Bericht: B 492

4 <b>= 4=</b> 6545	0.0045		
17.05.2013	§ 3348	E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt	Beschluss: § 3348
	beruht auf: M 81	Mit E-Government will die Stadt vor allem	Vortrag:
	IVIOI	die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern,	M 81
		dem Nachhaltigkeitsaspekt (Green IT und ressourcen- schonende Geschäftsprozesse) Rechnung tragen.	
24.07.2014	§ 4832	Umrüstung von Gasleuchten	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 28.03.2014, M 69	§ 4832
	M 69	In mehreren Gebieten Frankfurts wurde die Umrüstung von Gas- auf LED-Straßenlaternen beschlossen.	Vortrag: M 69
20.02.2015	B 64	(Beschluss § 5922 vom 07.05.2015)	Bericht: B 64
		"Zur Festlegung von Bereichen für den langfristigen Fortbestand der Gasbeleuchtung unter Beibehaltung des Energieträgers Gas sind außer den stadtinternen stadtgestalterischen und technischen Abstimmungen mit den zuständigen Ämtern und Einrichtungen auch Festlegungen mit übergeordneten Ämtern wie dem Landesamt für Denkmalpflege zu treffen. Ein abschließendes Ergebnis, welches den denkmalpflegerischen, stadtgestalterischen und technischen Anforderungen entspricht, konnte leider trotz intensiver Gespräche noch nicht gefunden werden. Der Magistrat geht davon aus, dass er zu ersten Ergebnissen bis zum Frühsommer dieses Jahres berichten kann."	
24.07.2015	B 283	(Beschluss § 6382 / § 6826 vom 15.10.2015 / 25.02.2016)	Bericht: B 283
		"Wie bereits mit dem Zwischenbericht B 64 vom 20.02.2015 dargetan, sind außer den stadtinternen stadtgestalterischen und technischen Abstimmungen auch Festlegungen mit übergeordneten Ämtern wie dem Landesamt für Denkmalpflege zu treffen. Da die notwendige Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege zu den unterbreiteten Vorschlägen noch aussteht, konnte der Magistrat seine Beratungen leider noch nicht abschließen."	
03.08.2015	B 295	(Beschluss § 6386 vom 15.10.2015)	Bericht:
		"Im Anschluss an die Beschlussfassung der Stadtver- ordnetenversammlung zur Magistratsvorlage M 69 "Grundsatzbeschluss zur Umrüstung von Gasleuchten" (§ 4832 vom 24.07.2014) waren im abgelaufenen Be- richtszeitraum umfassende Abstimmungen mit den be- teiligten Ämtern und Betrieben, auch unter Berücksichti- gung der von der Stadtverordnetenversammlung be- schlossenen Ergänzungen, erforderlich. []"	B 295

		Г	T
20.05.2016	B 147	(Beschluss § 434 vom 15.09.2016) "In Umsetzung des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung (M 69, Ziffer 6) wurden vom Stadtplanungsamt, Denkmalamt, Amt für Straßenbau und Erschließung, Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH und Landesamt für Denkmalpflege mehrere Straßen/Straßenzüge, beispielsweise in Alt-Sachsenhausen, in Niederursel, im Ostpark und im Dichterviertels auf die Geeignetheit als "stadtkulturelles Erhaltungsgebiet Gaslicht" untersucht. []"	Bericht: B 147
13.01.2017	B 16	(Beschluss § 1466 vom 01.06.2017) "Vorhandene Gasleuchten werden vorrangig wegen mangelnder Standsicherheit (auf Grundlage durchgeführter Standsicherheitsprüfungen - Sachverständigengutachten) ausgetauscht. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt der Umbau der Gasbeleuchtungsmasten auch im Rahmen von in Ausführung befindlichen Baumaßnahmen der Stadt oder anderer Versorgungsträger. []"	Bericht: B 16
22.09.2017	B 317	(Beschluss § 2030 vom 14.12.2017) "Die im Bericht des Magistrats B 16 vom 13.01.2017 beigefügte Tabelle (unten) dient als Übersicht der in einem Jahr umgesetzten und der zu erwartenden Maßnahmen und stellt nicht die vollständige Liste aller umzurüstenden Straßen dar. […]"	Bericht: B 317
19.04.2018	OA 250	(Beschluss § 2703 vom 24.05.2018) "[] Der Magistrat wird aufgefordert, dem Ortsbeirat 3 eine Übersicht aller von den Gas-Umrüstungsmaßnahmen betroffenen Straßen im Ortsbezirk, entsprechend dem Beschluss § 4832 der Stadtverordnetenversammlung vom 24.07.2014, zur Verfügung zu stellen, einschließlich der beschlossenen Ergänzungen aus dem Antrag NR 974 vom 18.07.2014 von CDU/GRÜNEN für den "Ortsbezirk 3 (Nordend): Gebiet des mittleren Nordends." []"	Anfrage: OA 250
19.10.2018	B 344	(Beschluss § 3522 vom 31.01.2019) "Vorhandene Gasleuchten werden vorrangig wegen mangelnder Standsicherheit (auf Grundlage durchgeführter Standsicherheitsprüfungen - Sachverständigengutachten) ausgetauscht.  Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt der Umbau der Gasbeleuchtungsmasten auch im Rahmen laufender Baumaßnahmen der Stadt Frankfurt am Main oder anderer Versorgungsträger. []"	Bericht: B 344

12.11.2014	§ 5379 beruht auf: E 11	Nachhaltigkeit in der Kultur - Energie und Kosten sparen auf und um Frankfurts Bühnen  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014, § 5379, dokumentiert.  "1. Der Magistrat wird gebeten, ein Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in Frankfurter Bühnen zu erarbeiten. Dabei sollen bestehende Programme, die auf anderen Ebenen wie Land, Bund oder EU Fördermittel zu diesem Zwecke generieren, berücksichtigt werden, aber auch Programme der Stadt wie "Frankfurt spart Strom" herangezogen werden.  2. Mit dem Programm soll erarbeitet werden, wie durch eine Energieberatung die Energieeinsparung (insbesondere bei Lampen und Leuchten, aber auch bei Heizungs- und Klimaanlagen, Elektrogeräte u.a.) fachlich unterstützt werden kann und Fördermittel gewonnen werden können."	Beschluss: § 5379 Etatantrag: E 11
18.12.2014	§ 5379 beruht auf: M 158 u. E 11	Haushaltsentwurf 2015/16: Energieeffizienz auf Frankfurter Bühnen  Vortrag des Magistrats vom 19.09.2014, M 158  Etatantrag 11: Energie und Kosten sparen auf und um Frankfurts Bühnen (Aufforderung an den Magistrat, die Energieeffizienz bei Frankfurter Bühnen zu steigern)	Beschluss: § 5379 Vortrag: M 158 Etatantrag: E 11
26.04.2017	§ 1429 beruht auf: E 60	Energieeffizienz bei technischer Nachrüstung der (freien) Theater  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2017, § 1429, dokumentiert  "Aus der im Haushalt aufgeführten Stelle "Theaterstrukturförderung 2017 einmalig" werden anteilig nach Notwendigkeit, die technischen Ertüchtigungsmaßnahmen von Theatern oder deren Bürotechnik finanziell unterstützt, so dass die Maßnahmen zu gesteigerter Energieeffizienz führen. Eine vorausgehende Beratung durch das Energiereferat muss gewährleistet sein."	Beschluss: § 1429 Etatantrag: E 60

## 1.6. Kommunikation, Partizipation, Konsum

Datum	Beschluss/ Bericht	Zusammenfassung	Link
28.02.2008	§ 3539 beruht auf: NR 738	Umweltstandards - Deutsches Turnfest 2009  Antrag der GRÜNEN vom 24.01.2008, NR 738  Der Magistrat soll den Deutschen Turnerbund bitten, die Empfehlungen des ökologischen Leitfadens "Green Champions" beim Deutschen Turnfest 2009 in Frankfurt so weit wie möglich umzusetzen. Diese Aspekte sollen besonders berücksichtigt werden: Abfall vermeiden, ÖPNV verstärkt bewerben, für die "Offiziellen" Erdgasfahrzeuge verwenden, Ökostrom nutzen, regionale Bioprodukte zur Essensversorgung verwenden.	Beschluss: § 3539 Antrag: NR 738
15.09.2008	B 583	(Beschluss § 4934 vom 11.12.2008)  Der Magistrat hat den Deutschen Turner-Bund e.V. (DTB) gebeten, die Empfehlungen von "Green Champions" bei der Ausrichtung dieses Turnfestes in Frankfurt am Main umzusetzen. Der Leitfaden wird vom DTB (Veranstalter) als Richtlinie betrachtet. Der Magistrat erläutert die geplanten Maßnahmen (Abfallvermeidung, Nutzung des ÖPNV, Einsatz von Erdgasfahrzeugen und Essensversorgung mit regionalen Bio-Produkten).	Bericht: B 583
02.01.2009	§ 5502 beruht auf: E 150	"Klima-Stele" von Hermann Goepfert  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.02.2009, § 5502, dokumentiert.  "Für die Wiederaufstellung der Klima-Stele des Künstlers Hermann Goepfert an einem geeigneten Ort werden € 250.000 aus den Mitteln des Programms "Schöneres Frankfurt" zur Verfügung gestellt."	Beschluss: § 5502 Etatantrag: E 150
26.02.2009	§ 5502 beruht auf: M 193	Unterricht Erneuerbare Energien  Vortrag des Magistrats vom 24.10.2008, M 193  Prüfung und Berichterstattung E 88-2009:  Das Energiereferat und das Stadtschulamt erarbeiten gemeinsam Unterrichtsmaterialien für Erneuerbare Energien. Sie sollen allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.	Beschluss: § 5502 Vortrag: M 193
15.05.2009	B 346	(Beschluss § 6710 vom 10.09.2009)  Der Magistrat berichtet, dass es bereits eine Fülle an Informationsmaterialien zum Thema Erneuerbare Energien gibt und dass deshalb eine Erstellung von neuen Infomaterialien nicht zielführend ist. Vielmehr muss dafür gesorgt werden, dass die Lehrerinnen und Lehrer leichten Zugang zu allen bestehenden Publikationen und Projekten haben.	Bericht: B 346

40.00.000	0.0740	Hadamiral ( Em. and E. )	D 11
10.09.2009	§ 6710	Unterricht Erneuerbare Energien	Beschluss: § 6710
	beruht auf: B 346	Bericht des Magistrats vom 15.05.2009, B 346	Bericht:
	B 340	Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, ob er plant, das Lehrangebot im Bereich Umweltbildung auszuwei- ten. Er soll weiterhin über die Ergebnisse und die mögli- che Weiterführung des "Leuchtpol"-Projekts berichten.	B 346
04.12.2009	B 1008	(Beschluss § 7405 vom 28.01.2010)	Bericht:
		Beantwortung der gestellten Fragen aus dem Beschluss § 6710 vom 10.09.2009	B 1008
26.02.2009	§ 5502	Haus der Zukunft (= Energiepunkt e.V.)	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 24.10.2008, M 193	§ 5502
	M 193 u. E 16	Annahme E 16-2009 im Rahmen des Haushaltsplans	Vortrag: M 193
		2009: Der Magistrat soll das "Haus der Zukunft" als Energieberatungs- und Fortbildungsort wichtiger	Etatantrag:
		Klimaakteure gründen.	E 16
26.02.2009	§ 5517 beruht auf:	Investitionen in regenerative Energieträger und Energieeffizienz in Frankfurt am Main fördern	Beschluss: § 5517
	NR 1233	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 15.01.2009, NR 1233	Antrag: NR 1233
		Der Magistrat soll dafür sorgen, dass	
		<ul> <li>die Wirtschaftsförderung der Stadt zusammen mit dem Energiereferat ein Konzept zur gezielten An- sprache von Investoren und Unternehmen im Bereich regenerativer Energien, Energieeffizienz, energiespa- rendes Bauen und Energieeinsparung erarbeitet,</li> </ul>	
		<ul> <li>die Wirtschaftsförderung eine(n) Ansprechpartner/-in für Investoren und Unternehmer benennt, der / die sich um den oben genannten Bereich kümmert,</li> </ul>	
		<ul> <li>die Wirtschaftsförderung in ihrem Internetauftritt die Themen einarbeitet und diese zum Energiereferat verlinkt.</li> </ul>	
19.06.2009	B 538	(Beschluss § 6560 vom 10.09.2009)	Beschluss:
		Das Energiereferat und die Wirtschaftsförderung Frank- furt prüfen mögliche Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in regenerative Energieträger. Des Weite- ren wird folgendes angestrebt:	B 538
		<ul> <li>Aufbau einer Internetseite mit einem Überblick über die Energieförderprogramme und Ansprechpartner</li> </ul>	
		die Teilnahme an Messen	
		<ul> <li>die Ausdehnung des Förderprogramms "Frankfurt spart Strom".</li> </ul>	
14.12.2009	B 980	(Beschluss § 7583 vom 09.02.2010)	Bericht:
		Aktueller Stand in Bezug auf die drei Punkte des Beschlusses § 5517 vom 26.02.2009.	B 980

17.08.2009	A 1016	Green IT in der Stadtverwaltung	Anfrage:
		Der Magistrat wird aufgefordert zu Vorlage A 1016 zu berichten.	A 1016
		"[] Mehrere wissenschaftliche Studien belegen, dass die Produktion und der Betrieb von IT einen bedeutenden und zunehmend großen Beitrag zur Belastung der Umwelt mit CO2 leisten.	
		Unter Green IT wird die Idee verstanden, den gesamten Lebenszyklus einer IT-Anlage umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten. Dabei stehen zwei Themen im Vordergrund: zum einen der Energieeinsatz bei der Produktion und der Nutzung von Hardware und zum anderen die Umweltverträglichkeit der verwendeten Materialien und Produktionsmittel. []"	
05.03.2010	B 145	(Beschluss § 8423 vom 28.06.2010)	Bericht:
		Die Beantwortung der Fragen des Antrags A 1016.	B 145
12.11.2009	§ 7111	Klimafreundliche Hotels für Frankfurt	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 18.09.2009, NR 1558	§ 7111
	NR 1558	Der Magistrat wird aufgefordert, sich mit kompetenten Akteuren bei Hotelneubauten für einen klimafreundlichen Bau und Betrieb stark zu machen und dabei auf den Passivhausstandard hin zu arbeiten. Den Hotelgästen sollen umweltfreundliche Verkehrsmittel angeboten werden. Außerdem soll der Magistrat für eine beratende Unterstützung bei der Umsetzung sorgen.	Antrag: NR 1558
11.02.2010	§ 7556 beruht auf: NR 1688	Beteiligung am Wettbewerb Bundeshauptstadt Biodiversität und Klimaschutz 2010	Beschluss: § 7556 Antrag:
	NK 1000	Antrag der FAG vom 05.01.2010, NR 1688  Der Magistrat wird beauftragt, die Stadt Frankfurt an den Wettbewerben "Bundeshauptstadt der Biodiversität" und "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" zu beteiligen	NR 1688
17.05.2010	B 302	(Beschluss § 8283 vom 16.06.2010)	Bericht:
		Die Stadt wird an den Wettbewerben beteiligt und die notwendigen Unterlagen werden beantragt.	B 302
07.05.2010	§ 8367	Förderprogramm Frankfurt spart Strom	Beschluss:
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 07.05.2010, M 79	§ 8367
	M 79	"1. Den beigefügten Förderrichtlinien "Förderprogramm Frankfurt spart Strom" wird zugestimmt.	Vortrag: M 79
		2. Der Magistrat wird ermächtigt, das Förderprogramm umzusetzen und auf der Grundlage der Richtlinien nach fachgerechter Prüfung eines Antrages entsprechende Zuwendungen aus den Mitteln der Produktgruppe 22.04 zu bewilligen.	
		3. Der Magistrat wird weiter beauftragt, die Richtlinien im Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main zu veröffentlichen."	

16.06.2010	NR 1897	Dem Magistratsvortrag M 79 vom 07.05.2010 "Frankfurt spart Strom" wird in der nachfolgend geänderten Fassung der Förderrichtlinie zugestimmt:	Antrag: NR 1897
		1. Teil II, Ziff. 2, letzter Absatz, 1. Satz	
		Der Zuschuß wird im Rahmen der für das Programm zur Verfügung stehenden Haushaltmittel der Stadt Frankfurt gewährt.	
		2. Teil II, Ziff. 3.1, a)	
		kleine und mittlere Unternehmen für deren Betriebsstätten in Frankfurt am Main. ()	
		3. Teil II, Ziff. 5.2, zweiter Satz	
		Auszahlungen werden im Rahmen der für das Programm vorhandenen Haushaltsmittel und der Reihenfolge der Antragsstellung gewährt.	
27.05.2010	§ 8197	Beteiligung Frankfurts an der Earth Hour 2011	Beschluss:
	beruht auf:	Antrag der GRÜNEN vom 22.04.2010, NR 1827	§ 8197
	NR 1827	Der Magistrat soll sich 2011 an der "Earth Hour" von WWF beteiligen und auch Unternehmen, Institutionen und Bürger dafür gewinnen.	Antrag: NR 1827
27.01.2011	§ 9316	Green IT für Frankfurter Stadtverwaltung	Beschluss:
	beruht auf: NR 2092	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 17.11.2010, NR 2092	§ 9316 Antrag:
		Der Magistrat wird aufgefordert, bisherige Maßnahmen zu einem Gesamtkonzept Green IT zusammenzuführen. Er soll die Möglichkeit zur Dezimierung der Geräte in Betracht ziehen, die Empfehlungen des Ökoinstituts zur "nationalen Umsetzung der neuen EU-Beschaffungsrichtlinien" beachten. Außerdem soll er verbindliche Regelungen in die dezentrale IT-Struktur einbringen, sowie die Erfahrungen des Projekts "Hessen nachhaltig" berücksichtigen.  Der Magistrat soll über die Fortschritte bei der Umsetzung des Konzepts berichten.	NR 2092
02.05.2011	B 215	(Beschluss § 219 vom 09.06.2011)	Bericht:
		"[…] Die Vorstellungen, eine E-Government-Strategie mit einem Green IT-Projekt zu verbinden, lassen sich nun realisieren. […]"	B 215
16.09.2011	B 381	(Beschluss § 784 vom 07.11.2011)  "Das mit Bericht des Magistrats vom 02.05.2011, B 215, angekündigte Gesamtkonzept für "Green IT" unter Berücksichtigung der Nutzung umwelt- und ressourcenschonender Informations- und Kommunikationstechnik befindet sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmungsphase zwischen den beteiligten Ämtern. Die Vorstellung des Konzeptes muss daher auf den nächsten turnusmäßigen Bericht verschoben werden."	Bericht: B 381

10.02.2012	B 66	(Beschluss § 1415 / § 1998 vom 26.03.2012 / 06.09.2012)  "[] Das mit dem letzten Bericht angekündigte Gesamtkonzept liegt derzeit im "Entwurfsstadium" vor und bedarf der endgültigen Abstimmung der beteiligten Ämter. Die Vorstellung des Konzeptes erfolgt daher mit dem nächsten Bericht."	Bericht: B 66
17.05.2013	B 257	(Beschluss § 3318 vom 04.07.2013) "Das zwischen Energiereferat, Amt für Informations- und Kommunikationstechnik und Stabstelle E-Government abgestimmte Gesamtkonzept befindet sich als Magistratsvortrag "Green IT für Frankfurter Stadtverwaltung – Leitbild für die Stadtverwaltung Frankfurt am Main zur Optimierung des Energieverbrauchs beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (Green-IT-Konzept)" im Geschäftsgang des Magistrats."	Bericht: B 257
17.05.2013	M 80	(Beschluss § 3379 vom 04.07.2013)  "Das beigefügte Leitbild für die Stadtverwaltung Frankfurt am Main zur Optimierung des Energieverbrauchs beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (Green-IT-Konzept) ist in Kraft zu setzen.  Der Magistrat wird beauftragt, alles Weitere, einschließlich der Veröffentlichung in den Nachrichten der Stadtverwaltung zu regeln. []"	Vortrag: M 80
30.06.2014	B 220	(Beschluss § 4985 vom 25.09.2014) "[] Die im "Green IT-Konzept" vorgesehene Konsolidierung der Server in das städtische Rechenzentrum des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik wurde im Berichtszeitraum begonnen. Hierzu wurde eine moderne Server-Hosting-Infrastruktur aufgebaut und in Betrieb genommen. []"	Bericht: B 220
03.05.2015	B 297	(Beschluss § 6247 vom 24.09.2015) [] Bei der Bereitstellung von zentral gemanagten Arbeitsplätzen über die zentrale Terminalserver-Farm im Rechenzentrum gibt es große Fortschritte beim Personal- und Organisationsamt, der Branddirektion, dem Stadtschulamt, der Stadtbücherei sowie dem Eigenbetrieb Kita Frankfurt. []	Bericht: B 297
22.08.2016	B 213	(Beschluss § 578 vom 13.10.2016)  "[] Bei der Bereitstellung von zentral verwalteten Arbeitsplätzen über die zentrale Terminalserver-Farm im Rechenzentrum sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. Die Terminalserver-Systeme des Sportamtes konnten nach erfolgreicher Übernahme auf die zentrale Terminalserver-Farm mittlerweile abgeschaltet werden, die Ablösung der Systeme des Kulturamtes Frankfurt am Main steht unmittelbar bevor. Das Jugend- und Sozialamt hat auf den Aufbau einer eigenen Terminalserver-Infrastruktur verzichtet und nutzt stattdessen einen eigenen Bereich auf der zentralen Terminalserver-Farm. []"	Bericht: B 213

25.04.2014	§ 4983	Nachhaltigkeit im städtischen Beschaffungswesen	Beschluss: § 4983
		dem Nachhaltigkeitsaspekt (Green IT und ressourcen- schonende Geschäftsprozesse) Rechnung tragen.	
		die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger optimieren,	
	M 81	Mit E-Government will die Stadt vor allem	Vortrag: M 81
	beruht auf:	Vortrag des Magistrats vom 17.05.2013, M 81	§ 3348
04.07.2013	§ 3348	E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt	Beschluss:
		Für die städtischen (durch die Tourismus & Congress GmbH durchgeführten) Vergnügungsmärkte gilt die Vergnügungsmarktordnung der Stadt Frankfurt am Main. []"	
08.03.2013	B 128	(Beschluss § 3833 vom 14.11.2013) "Bislang gibt es keine rechtlichen Möglichkeiten, ökologische Aspekte bei der Genehmigung von Veranstaltungen vorzuschreiben. Einheitliche Auflagen oder Information aller Teilnehmer sind nur noch schwerlich möglich.	Bericht: B 128
02.02.2012	§ 1143 beruht auf: NR 165	Umweltfreundlich feiern in Frankfurt  Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 08.12.2011, NR 165  Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, welche Auflagen es hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit bei sämtlichen Veranstaltungen in Frankfurt gibt und welche ökologischen Aspekte in Zukunft stärkere Beachtung finden könnten / angeregt wird, einen Ansprechpartner zu benennen, der Veranstalter hinsichtlich Umweltfragen berät, sowie eine Broschüre zu erstellen.	Beschluss: § 1143 Antrag: NR 165
13.01.2012	B 17	<ul> <li>(Beschluss §1643 vom 31.05.2012)</li> <li>Green Capital Award</li> <li>→ Magistrat berichtet unaufgefordert über Bewerbung zum Green Capital Award</li> </ul>	Bericht: B 17
01.11.2019	В 398	(Beschluss § 4930 vom 12.12.2019) "Zur Zielerreichung hat der Magistrat im Berichtszeit- raum folgende Maßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt []"	Bericht: B 398
23.07.2018	B 214	(Beschluss § 2943 vom 23.08.2018) "Zur Zielerreichung hat der Magistrat im Berichtszeitraum folgende Maßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt []"	Bericht: B 214
06.10.2017	B 337	(Beschluss § 2056 vom 14.12.2017)  Zur Zielerreichung hat der Magistrat im Berichtszeitraum folgende Maßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt []	Bericht: B 337

28.04.2014	B 138	Bericht des Magistrats zur Nachhaltigkeit im Beschaf- fungswesen: Es werden verschiedene Schritte unter- nommen, um den dezentralen Einkauf der einzelnen Ämter und Betriebe in nachhaltige Bahnen zu lenken.	Bericht: B 138
24.07.2014	§ 4849 beruht auf: NR 912	Reduzierung des Plastiktüten-Verbrauchs Antrag der GRÜNEN vom 23.05.2014, NR 912 Der Magistrat wird aufgefordert, Maßnahmen zu erarbeiten, wie die Anzahl der Plastiktüten, die in Frankfurter Einkaufszentren und Frankfurter Einkaufsstraßen verteilt werden, nachhaltig reduziert werden kann.	Beschluss: § 4849 Antrag: NR 912
16.07.2015	§ 6160 beruht auf: M 90	Anlagerichtlinie für Frankfurt  Vortrag des Magistrats vom 29.05.2015, M 90  Die beschlossene Anlagerichtlinie, die für den Hoheitsbereich der Stadt und die Eigenbetriebe gilt, verpflichtet – auch die einzelnen Dezernate und Ämter – dazu, bei der Wahl von Anlageprodukten unter anderem auf die ökologische Nachhaltigkeit zu achten. Investitionen in nicht erneuerbare Energieträger sind deshalb z.B. ausgeschlossen.	Vortrag: M 90 Anlage- richtlinien
26.04.2017	§ 1429 beruht auf: E 76	Klimaschutz genießen - KlimaGourmet  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2017, § 1429, dokumentiert.  "Ab dem Haushalt 2017 werden jährlich 50.000 Euro für die Durchführung der "KlimaGourmet-Woche" und den Ausbau der Maßnahmen "KlimaGourmet" in den Produktbereich 22, Produktgruppe 22.04 aus vorhandenen Mitteln (Sach- und Dienstleistungen) bereitgestellt und verstetigt."	Beschluss: § 1429 Etatantrag: E 76
16.03.2018	§ 2600 beruht auf: E 46	Ernährungsrat Frankfurt etablieren  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2018, § 2600, dokumentiert.  "Im Haushalt werden für den Aufbau und die Arbeit des neu gegründeten Ernährungsrates Frankfurt 50.000 Euro zweckbestimmt aus vorhandenen Mitteln bereitgestellt. Die Mittel werden je zur Hälfte in den Produktgruppen 22.04 und 19.03 beordnet. Sofern die Mittelverwendung nicht vollständig im laufenden Haushaltsjahr erfolgt, ist ein Budgetübertrag möglich. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist nicht zulässig."	Beschluss: § 2600 Etatantrag: E 46

23.04.2018	§ 2600 beruht auf: E 262	Wachstum gestalten, konsolidieren und Frankfurt fit für eine nachhaltige Zukunft aufstellen  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2018, § 2600, dokumentiert.  "Vor dem Hintergrund des Wachstums der Stadt müssen die notwendigen Weichenstellungen vollzogen werden, um Frankfurt am Main dauerhaft als soziale, wirtschaftlich starke und ökologisch vorbildliche Stadt fit für eine gesunde Zukunft aufstellen zu können. []"	Beschluss: § 2600 Etatantrag: E 262
24.05.2018	§ 2738 beruht auf: M 68	2030 Agenda des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion: "Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten"  Vortrag des Magistrats vom 09.04.2018, M 68  Der Vorlage M 68 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Beschluss: § 2738 Vortrag: M 68
25.01.2019	§ 3734 beruht auf: E 59	Ernährungsrat Frankfurt fördern  Das Ergebnis ist im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.02.2019, § 3734, dokumentiert.  "Im Haushalt 2019 werden zur Förderung des Ernährungsrates Frankfurt und seines Trägervereins, des gemeinnützigen Vereins "Bürger für regionale Landwirtschaft & Ernährung e. V." 60.000 Euro aus vorhandenen Mitteln eingestellt. Die Mittel werden je zu einem Drittel in den Produktgruppen 22.04, 19.03 und 20.01 bereitgestellt. Sofern die Mittelverwendung nicht vollständig im laufenden Haushaltsjahr erfolgt, ist ein Budgetübertrag möglich. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist nicht zulässig."	Beschluss: § 3734 Etatantrag: E 59
28.02.2019	§ 3777 beruht auf: M 13	Förderprogramm Bürgerengagement für den Klimaschutz  Vortrag des Magistrats vom 25.01.2019, M 13  Der Vorlage M 13 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.	Beschluss: § 3777 Vortrag: M 13